

AK:BE-Rundbrief

15. Ausgabe - August 2012



Während in den europäischen Nachbarstaaten, vor allem im Süden,

die Krise

immer massiver in alle Lebensbereiche hinein wütet und die nationalen Bildungssektoren allenthalben zu wohlfeilen Austragungsfeldern für Sparorgien mutieren, können wir es uns in Deutschland noch leisten, uns mit den Auswirkungen einer "normalen" neoliberal geprägten Bildungspolitik auseinander zu setzen. Aber obwohl diese uns, wie auch im vorliegenden Rundbrief zu besichtigen sein wird, schon schwer zu schaffen machen, ist nach den ersten Warnschüssen der emsigen Rating-Agenturen zu ahnen, dass man uns demnächst auch für die Bereiche Erziehung, Bildung und Ausbildung einzureden versuchen wird, dass wir "über unsere Verhältnisse gelebt" hätten. Und so ist abzusehen, dass dieser zum Teil schon jetzt real heftig Not leidende Sektor demnächst unter

den Sparatacken zu Gunsten der angeblich Not leidenden Banken zu ächzen haben soll.

Aber wie erwähnt: Schon im Hier und Jetzt besteht kein Anlass zur Zufriedenheit. Dies zeigt ab Seite 2 **Patrick Schreiner** am Disput über die sozialpolitische Funktion von Bildung auf. **Brigitte Schumann** weist ab Seite 5 die Gefahren zunehmender gesellschaftlicher Spaltung und Demokratieentleerung angesichts fehlender inklusiver Werte auf. Auch der ab Seite 6 kommentierte **Bildungsbericht 2012** spiegelt die aktuelle Schiefelage der deutschen Gesellschaft wider. Der Kommentator **Klaus Bullan** warnt in seinem Fazit vor weiteren Verschärfungen durch Schuldenbremsen und Fiskalpakt. Diese Warnung wird auf Seite 10 in einer Pressemeldung der **GEW** verstärkt. **Tobias Kapegyi** kommt ab Seite 10 aus bildungsökonomischer Sicht zu gleichen Resultaten. Und schließlich beleuchtet auf Seite 14 und 15 **Dieter Vesper** für die Hans-Böckler-Stiftung das Zurückbleiben des deutschen Bildungswesens gegenüber anderen EU-Staaten.

Inhaltliche Auswirkungen neoliberaler Zugriffe in den Schulen zeigen ab Seite 15 **Sabine Schiffer** und ab Seite 17 **Ralf Wurzbacher** anhand von Beispielen aufwändig gestalteter und geschickt lancierter Unterrichtsmaterialien auf, die der Schülerschaft die "korrekte" Sicht auf Markt und Wirtschaft vermitteln sollen.

Und im letzten Beitrag wirft **Götz Eisenberg** ab Seite 18 einen besorgten Blick auf die mit der gewünschten neoliberalen Zurichtung korrespondierenden Einstellungen und Verhaltensweisen von Eltern.



aus: Blätter für deutsche und internationale Politik - 7/2012, Seite 29-32:

Gleiche Bildung, ungleiche Chancen

von Patrick Schreiner

Es gibt wohl nur wenige politische Aussagen, über die von links bis rechts ein derart weitreichender Konsens zu bestehen scheint wie über die Feststellung, dass mit Bildungspolitik die bessere Sozialpolitik betrieben werde. Diese Auffassung kritisiert im Folgenden Patrick Schreiner.

Bildungspolitik, heißt es oft, ist die beste Sozialpolitik. Von ihr wird erwartet, Probleme wie Armut, Ausgrenzung oder Arbeitslosigkeit zu lösen. Und tatsächlich scheinen die statistischen Daten diesen Konsens zu stützen. So zeigen Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dass die Beteiligung am Erwerbsleben in allen untersuchten Ländern tendenziell zunimmt, je höher der individuell erreichte Bildungsgrad ist. Bei Bildungsabschlüssen unterhalb des Sekundärbereichs betrug 2009 die Erwerbsbeteiligung im OECD-Durchschnitt 59,6 Prozent bei Männern und 35,2 Prozent bei Frauen. In den verschiedenen Stufen des oberen Sekundärbereichs lagen die entsprechenden Werte hingegen schon bei etwa 80 Prozent für Männer und etwa 65 Prozent für Frauen. Im tertiären Bildungsbereich (Hochschulabschluss) wurden sogar Werte von fast 90 Prozent für Männer und 80 Prozent für Frauen erreicht.^[1]



**Blätter für
deutsche und
internationale
Politik**

Kurzum, die Grundtendenz scheint eindeutig: Je höher der Bildungsgrad, desto besser die Erwerbsbeteiligung – wenn auch für Männer und Frauen in unterschiedlichem Ausmaß. Hinzu kommt, dass keineswegs nur die Chancen am Arbeitsmarkt mit höherem Bildungsgrad besser ausfallen. Das Gleiche gilt vielmehr auch für den Verdienst. In allen OECD-Ländern verdienen Menschen mit Abschlüssen im oberen Sekundärbereich (Abitur) oder im Tertiärbereich durchschnittlich besser als alle anderen Erwerbstätigen. In 17 von 32 untersuchten Staaten beträgt dieser gemittelte Verdienstvorteil sogar 50 Prozent oder mehr. Und im Zeitverlauf scheint er noch zuzunehmen.

Aber nicht nur aus individueller Sicht, sondern auch gesamtgesellschaftlich erscheint ein hoher Bildungsstand wünschenswert: Dass Menschen mit höherem Bildungsgrad mit ihrem Leben tendenziell zufriedener sind, sich stärker sozial engagieren und eher zur Wahl gehen, rundet das von der OECD gezeichnete positive Bild ab.

Die entscheidende Frage aber ist damit noch keineswegs gestellt: Lässt sich mit diesen Zahlen wirklich die These rechtfertigen, dass Bildungspolitik die beste Sozialpolitik sei?

Tatsächlich offenbaren sich bei genauerer Betrachtung der vorliegenden Daten zahlreiche Widersprüche. Der deutliche Unterschied hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen bei gleichem Bildungsgrad wurde bereits dargestellt. Eine ähnliche geschlechterspezifische Lücke macht die OECD auch hinsichtlich der Entlohnung aus. Und auch Menschen mit Migrationshintergrund haben bei gleichem Bildungsgrad deutlich schlechtere Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen als die Gesamtbevölkerung. Es ist also keineswegs Bildung alleine, die die Chancen der Menschen bestimmt. Vielmehr spielt die herrschende Diskriminierung eine wesentliche Rolle. Ausschließlich „mehr Bildung“ zu fordern, hilft daher kaum weiter.

»Die herrschende Diskriminierung spielt eine entscheidende Rolle bei der Verteilung der Chancen.«

Widersprüche offenbaren sich darüber hinaus auch in der konkreten Arbeitsmarktsituation von Akademikerinnen und Akademikern. Im Durchschnitt stehen sie zwar, wie oben dargestellt, sowohl hinsichtlich ihres Verdienstes als auch hinsichtlich ihrer Erwerbsbeteiligung deutlich besser da als Erwerbstätige ohne Studium. Bildung alleine schützt allerdings keineswegs vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, vor prekärer Beschäftigung und schlechten Löhnen. So zeigen Zahlen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ), dass heute von allen zu Niedriglöhnen Beschäftigten immerhin mehr als 9 Prozent eine akademische Ausbildung haben. Dazu kommt, dass weitere 70 Prozent über eine Berufsausbildung verfügen. Insgesamt sind also vier von fünf Niedriglöhnern weder ungelernt noch angelernt.^[2]

Dazu passt auch, dass gerade Akademikerinnen und Akademiker offensichtlich nur sehr schwer einen dauerhaften Einstieg ins Berufsleben finden. 27 Prozent der Absolventinnen und Absolventen erhalten in Deutschland zunächst lediglich eine befristete Beschäftigung. Und 28 Prozent von ihnen – insbesondere aus den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften^[3] – absolvieren nach ihrem Abschluss noch mindestens

ein Praktikum. 45 Prozent der von Männern und Frauen unmittelbar nach Studienabschluss absolvierten Praktika dauern dabei länger als drei Monate, und 40 Prozent aller Praktika sind unbezahlt.^[4]

Für einen wesentlichen Teil derer, die über höchste Bildungsabschlüsse verfügen, ist prekäre Beschäftigung somit beinahe zum Normalzustand geworden. Das Bild der mit steigendem individuellem Bildungsgrad zunehmend besseren Arbeitsmarktsituation ist also keineswegs ungetrübt. Die Formel „mehr/höhere Bildung für alle = mehr Arbeitsplätze, höhere Verdienste, mehr soziale Sicherheit“ funktioniert offenbar nicht, zumindest nicht in der simplifizierenden Art und Weise, in der sie wieder und wieder vorgebracht wird. Dieser Umstand sollte aber nicht nur nachdenklich machen, sondern dazu veranlassen, die ideologischen Hintergründe dieser Formel genauer zu analysieren. Der grundlegende Denkfehler bei der Aussage „Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik“ besteht darin, dass sie ihren Fokus ausschließlich auf Individuen richtet. Sie blendet damit notorisch aus, dass es in einer kapitalistischen Gesellschaft immer Gewinner auf der einen und Verlierer auf der anderen Seite gibt.

Alleine „mehr Bildung“ zu schaffen, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu ändern, erhöht daher lediglich die Zahl gut ausgebildeter Menschen in prekären Lebenssituationen. Einkommen und soziale Sicherheit sind in neoliberalen „*the winner takes it all*“-Gesellschaften nämlich stets so verteilt, dass – stark schematisiert – die oberen Zehntausend profitieren und die unteren Millionen ausgegrenzt werden und bleiben. Oder, um es mit den Worten Christoph Butterwegges zu sagen: „Was zum individuellen Aufstieg taugen mag, versagt als gesellschaftliches Patentrezept.“^[5]

»Die gesellschaftliche Aufgabe besteht nach herrschender Auffassung lediglich darin, allen Menschen faire Bildungsangebote zu unterbreiten.«

Ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau der Individuen führt vor diesem Hintergrund eben nicht zwingend zu einer gleichmäßigeren Verteilung des Reichtums. Schon gar nicht führt sie zu dessen Umverteilung von oben nach unten. Dieser Umstand bleibt in den aktuellen Bildungsdebatten des Mainstreams aber systematisch ausgeblendet.

Die gesellschaftliche Aufgabe besteht nach herrschender Auffassung lediglich darin, allen Menschen faire Bildungsangebote zu unterbreiten. Der oder die Einzelne trägt dann die alleinige Verantwortung dafür, die angebotenen Bildungschancen zu erkennen und zu nutzen. Damit wird jene Entwicklung von Sozialstaatlichkeit im Bildungsbereich nachvollzogen, die in den vergangenen Jahrzehnten statt sozialer Sicherung das „Fördern und Fordern“ auf niedrigstem Niveau zur sozial- und arbeitsmarktpolitischen Grundformel werden ließ.

In dieser Konzeption von Bildungspolitik als Sozialpolitik fallen dabei zwei durchaus gegensätzliche politisch-ideologische Ansätze zusammen. Der erste Ansatz ist eine reaktionäre und im Kern neoliberale Vorstellung von Sozialpolitik. Sein primäres Kennzeichen ist das eben angesprochene Moralisieren und Individualisieren der sozialen Frage. Er geht davon aus, dass die Verantwortung für individuelle Notlagen und Schwierigkeiten grundsätzlich beim Individuum selbst zu finden ist. Eine gegebene Verteilung ist aus dieser Perspektive niemals ungerecht, sondern stets auf Wohlverhalten oder Fehlverhalten der individuellen Akteure in einem insgesamt als gerecht empfundenen System zurückzuführen.

Der neoliberale Vordenker Friedrich August von Hayek identifiziert an dieser Stelle immerhin ein Dilemma, über das der gemeine Neoliberalismus geflissentlich hinwegzusehen pflegt. Hayek räumt ein, dass Menschen die Marktordnung vermutlich vorrangig aus dem einzigen Grund akzeptieren, dass sie glauben, Unterschiede in der individuellen Entlohnung entsprächen den Unterschieden in der individuell erbrachten Leistung. Eine solche Überzeugung treibe Menschen an. Zugleich räumt Hayek jedoch auch ein, dass die Marktordnung genau diese Übereinstimmung von Leistung und Entlohnung regelmäßig nicht herbeizuführen vermag.^[6] Das ist der blinde Fleck der neoliberalen Konzeption von Sozialpolitik.

Diese Blindheit teilt sie mit einer zweiten Auffassung von Bildungspolitik, die als neo-sozialdemokratisch bezeichnet werden könnte und den Begriff der „Chancengleichheit“ in den Mittelpunkt stellt. Dieser Ansatz wurde in den 90er Jahren maßgeblich von Anthony Giddens geprägt und im „Schröder-Blair-Papier“ von 1999 umgesetzt. Soziale Gerechtigkeit reduziert sich hier auf die Garantie sozialer Mindestnormen.

Darüber hinausgehende gesellschaftliche Teilhabe muss durch „eigene Anstrengung und Verantwortung“ erworben werden, wofür alle Menschen mit gleichen Startchancen ausgestattet werden sollen. Selbst für die, „die nicht Schritt halten können“, sollen lediglich „Chancen“ eröffnet werden.^[7] Der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat diesen Ansatz 2006 in einer Rede beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main wie folgt formuliert: „Das erste Ziel muss mehr denn je werden, den Einzelnen zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen. Die Schlüssel dazu sind Bildung und Qualifizierung in ihrer ganzen Palette. [...] Damit wird Chancengleichheit – und nicht Ergebnisgleichheit – zum Grundprinzip eines modernen Sozialstaats.“^[8]

»In der neo-sozialdemokratischen Variante reduziert sich soziale Gerechtigkeit auf die Garantie sozialer Mindestnormen.«

Entscheidend ist, dass die vom Markt geschaffenen Ergebnisse als solche hier nicht mehr kritisiert werden. Vielmehr sollen die Individuen lediglich die gleichen Chancen erhalten, unter Nutzung der Marktmechanismen zum eigenen – und damit vermeintlich gesamtgesellschaftlichen – Wohl wirken zu können. Fundamentalkritik wird nicht geübt, im Gegenteil: In einer solchen Sicht sind Elend, Armut und soziale Ausgrenzung durchaus akzeptabel oder gar wünschenswert – zumindest wenn vorher allen Menschen die gleichen Chancen garantiert werden.

In der Konzeption „Bildungspolitik als Sozialpolitik“ verschmelzen beide Ansätze, der neoliberale und der neo-sozialdemokratische, miteinander.

Dem neoliberalen Ansatz von Sozialpolitik entstammen dabei das Moralisieren und das Individualisieren der sozialen Frage. Wer die dargebotenen (Bildungs-) Chancen nicht nutzt, gilt fortan als selbst schuld an der eigenen, verfahrenen Situation. Da angeblich alle Menschen die gleichen Chancen haben, hätten „es“ ja alle „schaffen“ können.

Voraussetzung für diese Behauptung ist auf der anderen Seite aber die Übernahme des neo-sozialdemokratischen bildungspolitischen Begriffs der Chancengleichheit. Nur wenn eine Gleichverteilung der Chancen auf Bildung tatsächlich glaubhaft gemacht werden kann, können Menschen moralisch und politisch dafür verurteilt werden, diese – ausweislich ihrer prekären individuellen Situation – nicht genutzt zu haben.

Völlig unkritisiert bleibt dabei, dass eine Gesellschaft Reichtum eben gerade nicht nach absoluten Kriterien verteilt, sondern nach relativen: Jeder Aufstieg in einer gegebenen Verteilungssituation bedeutet daher stets den Abstieg anderer. Für eine wirklich gerechte Lösung der Verteilungsfrage bedürfte es daher sehr viel grundlegenderer Ansätze.

Selbstverständlich folgt aus der formulierten Kritik nicht die Absage an eine gute Bildungspolitik. Diese bleibt, wie auch das Ziel der Chancengleichheit, von enormer Bedeutung. Aber sie sollte nicht als Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik missverstanden und vorangetrieben werden – und schon gar nicht in deren reaktionären und neoliberalen Varianten.

Soziale Probleme, die letztlich Probleme der Ausgrenzung, der prekären Lebenssituationen und damit der Verteilung sind, müssen sehr viel grundsätzlicher gelöst werden. Hierfür muss unmittelbar an den realexistierenden Mechanismen und Strukturen der ungleichen Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen angesetzt werden – und nicht lediglich an einer faireren Ausgestaltung des Zugangs zu diesen.

^[1] OECD, Education at a Glance 2011. OECD Indicators, www.oecd-ilibrary.org.

^[2] Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. IAQ-Report 1/2012, www.iag.uni-due.de.

^[3] Dieter Grünh und Heidemarie Hecht, Generation Praktikum? Prekäre Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, Berlin 2007, www.boeckler.de.

^[4] Boris Schmidt und Heidemarie Hecht, Generation Praktikum 2011. Praktika nach Studienabschluss: Zwischen Fairness und Ausbeutung, Berlin 2011, www.boeckler.de.

^[5] Christoph Butterwegge, Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-) Politik, in: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak (Hg.), Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007, S. 135-220.

^[6] Friedrich August von Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit, Bd. 2, Landsberg 1981.

^[7] Vgl. Gerhard Schröder und Tony Blair, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: „Blätter“, 7/1999, S. 887-896.

^[8] Peer Steinbrück, Reduzierung auf die Kernaufgaben. Rede beim Neujahrsempfang der IHK Frankfurt am Main am 10. Januar 2006, in: „Blätter“, 2/2006, S. 249.

Themen: Bildungspolitik, Neoliberalismus und Sozialpolitik



Brigitte Schumann

aus: Forum Kritische Pädagogik Mai 2012

Soziale Ungleichheit zersetzt demokratische und inklusive Werte

Drei Forschungsstudien aus jüngerer bzw. jüngster Zeit liefern – unabhängig voneinander – zentrale diagnostische Befunde, die übereinstimmend und sich gegenseitig verstärkend auf eine bedrohliche gesellschaftliche Spaltung und „Demokratieentleerung“ in Deutschland hinweisen. Die Studien weisen nach, dass unter den gesellschaftspolitischen Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit Angehörige der oberen sozialen Schichten zunehmend sozial schwache Bevölkerungsgruppen ausgrenzen. Die sozial „abgehängten“ Schichten reagieren auf den Verlust sozialer Teilhabe und dem daraus resultierenden Mangel an politischen Wirksamkeitsüberzeugungen mit Hoffnungslosigkeit und Desinteresse an politischer Partizipation.

Dass mit wachsender Ungleichheit in Deutschland auch die Zahl der Menschen in sozial benachteiligten und prekären Lebenslagen zunimmt, ist eine bekannte Tatsache. Neu ist in diesem Zusammenhang, dass Angehörige der oberen Einkommens- und Statusgruppen im Umgang mit sozial Schwachen rechtspopulistische Einstellungen zeigen.

Prof. Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, hat seit 2000 im Rahmen einer zehnjährigen Langzeitstudie Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland erforscht und die Ergebnisse in einer Buchreihe mit dem Titel „Deutsche Zustände“ jährlich veröffentlicht. Im 10. Band stellt er 2010 heraus, dass in zunehmendem Maße Angehörige der oberen Schichten eine geringe Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen zeigen und ihre Privilegien mit der Stigmatisierung dieser Gruppen verteidigen. Auch namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft macht Heitmeyer verantwortlich für die Verbreitung der „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ und für „einen semantischen Klassenkampf“ von oben gegen „die da unten“. Es gibt keine Scheu, im Jargon der Verachtung sich über Hartz IV- Empfänger, Langzeitarbeitslose und Migranten auszulassen und damit soziale Ungleichheit offensiv zu legitimieren. Sarrazins Thesen gegen Migranten und die mediale Aufmerksamkeit, die man ihm dafür gewidmet hat, bezeugen dies.

Das Heidelberger SINUS-Institut für Markt- und Sozialforschung hat unter anderem im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Lebenswelten von Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren erforscht und die Ergebnisse unter dem vielsagenden Titel „Wie ticken Jugendliche“ 2012 veröffentlicht. Es ist eine qualitative Grundlagenstudie, die Jugendliche aus allen Milieus authentisch zu Wort kommen lässt: in Einzelinterviews, mit eigenen schriftlichen Aufzeichnungen und Fotos von ihren Zimmern.

Die Forschergruppe kommt zu ähnlich alarmierenden Ergebnissen wie Heitmeyer. Sie kann nachweisen, dass die soziale Ungleichheit zu sozialer Spaltung unter den Jugendlichen führt. Jugendliche aus den oberen sozialen Schichten grenzen sich von sozial benachteiligten Jugendlichen ab. Sie werfen ihnen Faulheit, Mangel an Leistungsbereitschaft und an Eigenverantwortung vor. „Abgehängte Jugendliche“ aus dem prekären Milieu reagieren darauf mit Resignation und Pessimismus. Sie erleben vor allem Schule als Ort des Konflikts, des Misserfolgs und der Demütigung.

Deckungsgleich zeigt sich bei Erwachsenen und Jugendlichen aus begünstigten Milieus die tendenzielle Bereitschaft, anstelle des Solidarprinzips gnadenlos das Selbstverschuldungsprinzip gegen leistungsschwächere Gruppen anzuwenden. Die gesellschaftliche Lektion ist bei den Jugendlichen angekommen: Sie haben die Abwertungsmuster ihrer sozialen Milieus und der „rabiaten Elite“ übernommen und vollziehen sie in ihren Einstellungen nach.

Die Otto Brenner Stiftung hat in einem Projekt „soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland“ erforschen lassen und die Ergebnisse im Februar 2012 veröffentlicht. Der Autor Sebastian Bödeker weist nach, dass Bildung in Verbindung mit dem sozioökonomischen Status der entscheidende Faktor für politische Wirksamkeitsüberzeugung und Partizipation ist. Je prekärer die Lebenslage, desto weniger Beteiligung. Das gilt für Wahlen, aber auch in einem noch stärkeren Maße für nicht institutionalisierte Partizipationsformen wie Proteste. Seine zentrale These lautet, dass aufgrund der sozialen Bedingtheit politischer Partizipation unter den Bedingungen sozialer Ungleichheit in Deutschland das demokratische Prinzip der politischen Gleichheit ausgehöhlt wird. „Das strategische Handeln von politischen Eliten, die um die soziale Verzerrung der Wahlbeteiligung wissen, kann somit insgesamt zu einem System der Interessenvermittlung zu Lasten der sozial Schwachen führen“, so der Autor.

Die sozial selektiven Effekte bei Wahlen konnte sich z.B. die elitäre Elterninitiative „Wir wollen lernen“ beim Hamburger Volksentscheid zunutze machen. Sie konnte u.a. wegen der geringen Wahlbeteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen die Verlängerung der Grundschulzeit von vier auf sechs gemeinsame Jahre verhindern. Dieser kleine Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder der unteren sozialen Schichten scheiterte am Eigennutz von Angehörigen der oberen sozialen Schichten.

Angesichts der alarmierenden Befunde muss beunruhigen, dass die Politik im Zeichen der Menschenrechtskonvention Inklusion als gesellschaftliches Ziel zwar verbal willkommen heißt, aber vor inklusionsfeindlichen gesellschaftlichen Strukturen, Praktiken und Gruppeninteressen, die Ungleichheit und Spaltung fördern, kapituliert. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Bildungspolitik: Das gegliederte Schulsystem reproduziert soziale Ungleichheit, fördert soziale Spaltung durch Segregation, entlässt eine große Zahl an Jugendlichen bildungsarm und perspektivlos in die Gesellschaft und unterhöhlt damit die Demokratie.

Literatur

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt/M. 2010.

Marc Culmbach, u.a.: Wie ticken Jugendliche? (= SINUS-Institut: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 – 17 Jahren in Deutschland.) Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg 2012.

Sebastian Bödeker: Text der Studie unter

http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf

Autorin

Dr. Brigitte Schumann - ifenici@aol.com



Klaus Bullan

Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich weiter

Bildung in Deutschland 2012

aus: SozialismusAktuell - 26. Juni 2012

Zum vierten Mal seit 2006 legt die Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung einen Bericht über die Bildung in Deutschland vor. Auch wenn der Bereich der nichtformellen und der informellen Bildung gestreift wird, liegt der Schwerpunkt auf den formellen Bildungsangeboten im Bereich der elementaren Bildung (Krippen und Kindertagesstätten), der schulischen Bildung, der Berufsbildung und der Hochschulbildung sowie der Weiterbildung. Besonderer Schwerpunkt ist in diesem Jahr die kulturelle/musisch-ästhetische Bildung.

In allen Bildungsbereichen spiegelt sich in dem Bericht (zugänglich unter www.bildungsbericht.de/zeigen.html), die Seitenzahlen im Folgenden beziehen sich auf die dort herunterladbare pdf-Version) die soziale Schiefelage dieser Gesellschaft erneut wider. Dieser Befund steht in krassem Gegensatz zu der Schönfärberei der Auftraggeber, die, wie der gegenwärtige Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe, hervorhebt: »Das Bildungsniveau ist weiter angestiegen. Die Zahl der Abiturienten nimmt zu, die Zahl der Schulabbrecher geht weiter zurück. Dazu beigetragen haben Schulreformen, die die Flexibilität und Durchlässigkeit des Schulsystems im Hinblick auf höhere Schulabschlüsse verbessert haben«. Demgegenüber spricht der SPIEGEL von der »Republik der Abgehängten« und die GEW von der »Schere, die sich weiter öffnet.«

Die steigende Bildungsbeteiligung bei Krippen und Kitas, höhere Quoten von Hochschulzugangsberechtigungen und höhere Studienanfängerzahlen belegen keineswegs Bemühungen der Kultusministerinnen und -minister um besseren Zugang zu den Bildungswegen für alle und schon gar nicht den Erfolg bildungspolitischer Reformen. Sie sind vor allem Ausdruck der höheren Bildungsaspirationen der Familien in Deutschland, denen die Bildung ihrer Kinder angesichts der bedrohten Zukunftsperspektiven in einer Welt zunehmender Konkurrenz immer mehr wert ist.

Darüber hinaus zeigen die Veränderungen in den verschiedenen Bildungsbereichen, dass die Gruppe der Verlierer im Bildungswettbewerb immer weiter zurückbleibt. Die Bildungspolitik in Bund und Ländern schafft es gerade nicht – oder nur sehr widersprüchlich und unzureichend – Reformen in Gang zu bringen, die die soziale Schieflage im Bildungswesen reduzieren und gute Bildung für alle von der Kita bis zur Weiterbildung befördern.

Ein Grund dafür ist die fehlende Bereitschaft, endlich gegen die auch im internationalen Vergleich nach wie vor mangelhafte Ausstattung des Bildungsbereichs mit öffentlichen Mitteln vorzugehen. Das auf dem Bildungsgipfel 2008 großspurig verkündete Ziel, 10% des BIP in Bildung und Forschung zu investieren, bleibt in weiter Ferne, auch wenn mit Statistiktricks versucht wird, dies zu verschleiern. »Gemessen an der wirtschaftlichen Leistung gab Deutschland 2008 (neuere Daten liegen international nicht vor) mit einem BIP-Anteil von 4,8% weniger für Bildungseinrichtungen aus als andere OECD-Staaten (OECD-Mittel 5,9%)« /38/

Die Sorge für die zukünftigen Bildungsinvestitionen treibt auch die AutorInnen des Bildungsberichts um: »Noch nicht absehbar ist, wie sich die von Bund und Ländern beschlossene Schuldenbremse auf die Bildungsausgaben auswirken wird.« /28/ Insbesondere die Länder und Gemeinden, die die Bildung an Schulen zu 95%, an den Kitas zu 70% und an den Hochschulen zu 66% finanzieren, werden in den kommenden Jahren unter massiven Druck geraten, um die gegenwärtige Ausstattung aufrecht zu erhalten – geschweige denn dringend notwendige Verbesserungen insbesondere zur Reduzierung der Benachteiligung der Bildungsverlierer zu finanzieren.

So gesehen muss die bange Fragestellung der AutorInnen des Bildungsberichts skeptisch beantwortet werden, ob angesichts des demografischen Rückgangs der Anzahl der BildungsteilnehmerInnen zumindest an Kitas und Schulen in den nächsten Jahrzehnten »die Spielräume genutzt werden, um Kapazitäten abzubauen oder über erweiterte Förderungsmaßnahmen, den Ausbau der Ganztagschulen und andere Maßnahmen die Bildungsprozesse in den Einrichtungen zu verbessern und die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler zu steigern.« /44/

Private Haushalte (und Unternehmen) schultern schon jetzt 30% der Kita-Kosten, 43% der Kosten für berufliche Bildung und 15% der Hochschulbildung sowie 36% der Weiterbildungskosten.

Elementarbereich

Während bei den 4-5-Jährigen eine 96%ige Betreuungsquote in Kitas und Tagespflege erreicht ist, hinkt Deutschland, was die Betreuung der unter Dreijährigen betrifft, den vergleichbaren europäischen Ländern weit hinterher. Der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für 1- und 2-Jährige, der ab August 2013 gilt, ist längst nicht erfüllt. Bisher werden erst 25% der unter 3-Jährigen betreut und die Zahlen wären weit dramatischer, wenn nicht die ostdeutschen Länder dabei einen Betreuungsanteil von 47% hätten.

Hinzu kommt, dass der Elementarbereich noch immer überwiegend eine Halbtagsbetreuung ist – zum Teil sogar so kurz, dass Mittagessen in der Kita nicht stattfindet. Nur 30% der Kinder zwischen 3 Jahren und Schuleintritt werden in Westdeutschland ganztags betreut. Ganztägige Bildung und Betreuung an Kitas ist aber ein wichtiger Faktor beim Ausgleich herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung, die sich in der gesamten weiteren Bildungsbiographie auswirkt. Insbesondere auch die Beteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund liegt mit 14% bei den unter Dreijährigen deutlich unter dem Durchschnitt. Die Autoren sprechen von »Segregationstendenzen in Kindertageseinrichtungen«, da ein Drittel aller Kinder, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in Kitas gehen, in denen mehr als 50% der Kinder zu Hause nicht Deutsch sprechen.

Die Personalstruktur in Kitas ist ebenso wie in den anderen Bildungsbereichen überaltert und muss in den kommenden Jahren in hohem Maße ersetzt werden. Das ist deshalb schwer, weil die Kita-Beschäftigten fast ausschließlich Frauen sind, die schlecht bezahlt werden und zu 60% in Teilzeit arbeiten. Schon jetzt wird zu wenig Kita-Personal ausgebildet, um die Ausscheidenden zu ersetzen und die Mehrbedarfe auszugleichen. Hinzu kommt, dass nur 3% aller Kita-Beschäftigten eine (Fach)Hochschulbildung haben, womit Deutschland auch hier im internationalen Vergleich auf einem hinteren Platz rangiert. Unzureichend ausgebildetes und schlecht bezahltes Personal soll die Bildungsoffensive für die Jüngsten in unserer Gesellschaft voranbringen.

Allgemeinbildende Schulen

Zurückgehende Anteile an SchülerInnen, die die Schulen ohne Abschluss bzw. nur mit Hauptschulabschluss verlassen und steigende Gymnasialquoten und AbiturientInnenzahlen in den letzten Jahren sind zweifellos für sich betrachtet eine Erfolgsmeldung wert. Hinter diesen Zahlen verbergen sich aber Bildungswirklichkeiten, die Grund zur Besorgnis geben.

»Bisher konnte mit den strukturellen Veränderungen zwischen 2000 und 2009 noch keine Verringerung der sozialen Unterschiede des Schulbesuchs erreicht werden. Insbesondere gilt dies für ausländischen Jugendliche.« /99/

Seit vielen Jahren ist die soziale Schieflage in der Bildung empirisch belegt und ihre Bekämpfung wird zu einem Hauptziel der Bildungspolitik erklärt. Erreicht ist nichts, so die Bilanz der AutorInnen des Bildungsberichts. Die großen sozialen Disparitäten haben sich nicht geändert: 61% der 15-Jährigen aus Elternhäusern mit hohem sozialen Status besuchen heute ein Gymnasium aber nur 16% aus solchen mit niedrigem sozioökonomischen Status.

Umgekehrt sieht das beim Besuch der Hauptschule aus. Immer noch sind es mehr als 30%, die die Schule mit oder ohne Hauptschulabschluss als höchstem Bildungsabschluss verlassen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen stammt aus Familien mit mindestens einer sozialen Risikolage (geringe Bildung, Armut, Arbeitslosigkeit) und/oder haben einen Migrationshintergrund. Die Quote der Kinder mit einer sozialen Risikolage schwankt zwischen Bayern mit 20% und Berlin mit 44%. Beide Gruppen nehmen tendenziell eher zu.

Wenn die Gesamtheit derjenigen mit geringen oder ohne Bildungsabschlüsse kleiner wird, werden ihre Chancen auf dem Ausbildungs-, und Arbeitsmarkt immer geringer. Es handelt sich eben nicht um eine kleine Randgruppe, die mit relativ geringem Aufwand unterstützt werden könnte, sondern um immerhin fast ein Drittel der Jugendlichen in Deutschland. Jeder vierte Jugendliche gehört zur Risikogruppe der schwachen Leser, zwei Drittel davon sind männlich. Die Schere öffnet sich immer weiter.

Die vielbeschworene Ausdifferenzierung unseres Bildungssystems führt dazu, dass die familiäre Unterstützung für die Schule Gewicht gewinnt, wobei die bezahlte Nachhilfe insbesondere an Realschulen und Gymnasien ein relevanter Faktor ist. Das freiwillige Engagement in Vereinen und sozialen Gruppen – oft wichtige Orte informellen Lernens – ist stark von sozialer Herkunft abhängig.

Die Zahl der Privatschulen ist von 1989 bis 2010 von 2.277 auf 3.605 Schulen gestiegen, jede 10. Schule wird heute privat geführt. Dabei ist der Anteil rein kommerzieller Schulen nach wie vor sehr gering, es dominieren kirchliche, weltanschauliche und solche von oft gemeinnützigen Verbänden und Stiftungen. Die Segregation des Schulwesens wird damit vorangetrieben, denn die sozialen und ethnischen Unterschiede in der Elternschaft und deren spezifische Ansprüche an die Leistungen des Schulsystems sind vermutlich die Treibfedern des Privatschulbooms /vgl. 99f./.

Ganztagschulen in gebundener Form, das heißt Ganztagschulen, die für die SchülerInnen verpflichtende Angebote über den ganzen Tag machen und so zu einer neuen Rhythmisierung des Schulalltags kommen, mit allen SchülerInnen eines Jahrgangs gemeinsam lernen, Hausaufgaben machen und Freizeitaktivitäten während des Schultags durchführen – das ist ein erprobter Weg, um herkunftsspezifische Bildungsbenachteiligung auszugleichen. Diese Ganztagschulen sind aber teuer und deshalb wird in Deutschland ein System bevorzugt, das die Halbtagschule durch freiwillige Angebote an einzelnen Nachmittagen ergänzt. Deshalb grenzt es an Etikettenschwindel, wenn vom erfolgreichen Ausbau von Ganztagschulen die Rede ist. 51% der Schulen machen Ganztagsangebote, aber nur jeder vierte Schüler profitiert davon.

Berufliche Ausbildung

»Die Hoffnung, dass bei demografisch bedingter Rückläufigkeit der Bewerberzahlen für eine duale Ausbildung die bisher am Ausbildungsstellenmarkt benachteiligten Gruppen von selbst in eine voll qualifizierende Ausbildung integriert würden, hat sich bisher nur begrenzt erfüllt.« /122/ Das ist sehr zurückhaltend formuliert. Zwar hat sich der Anteil der dualen Ausbildung an allen Neuzugänge von 2005 43,3% auf 2011 49,7% erhöht und ist entsprechend der Anteil am Übergangssystem von 38,7% auf 30,4% gesunken, nach wie vor gehen aber in den Stadtstaaten 80% der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und in den westdeutschen Flächenländern mehr als 50% derjenigen mit Hauptschulabschluss ins Übergangssystem und finden keine Ausbildungsplatz.

Von den zukunftssträchtigen, relativ gut bezahlten Berufen im kaufmännischen und im Verwaltungsbereich in Industrie und Handel sind HauptschülerInnen praktisch ausgeschlossen, im Ernährungshandwerk, in den Bauberufen, bei den Friseurinnen und im Einzelhandel bleiben sie meist unter sich. Es sind auch diese Ausbildungen, in den die Abbrecherquote weit über dem Durchschnitt liegt (der beträgt insgesamt 20%), die Bezahlung weit unter dem Durchschnitt und die Zahl der Absolventen, die nach der Ausbildung lange ohne Arbeit sind oder qualifikationsfremd tätig sind, hoch ist. Weibliche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind hier deutlich überrepräsentiert.

Auch in der beruflichen Bildung zeigt sich also eine zunehmende Polarisierung, und durch die Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen werden nach wie vor allem die sehr vielen abgehängt, die beim Wettlauf um die höchsten Bildungsabschlüsse nicht mithalten können. So »erscheint die faktische Abschottung von

annähernd der Hälfte der Ausbildungsberufe gegenüber den unteren Bildungsabschlüssen als eine schwere berufsbildungs- und arbeitsmarktpolitische Hypothek.« /122/

Hochschule

»Die Hochschule wird mehr und mehr zur prototypischen Ausbildungseinrichtung einer Volkswirtschaft, die sowohl im sekundären als auch im tertiären Sektor zunehmend auf wissensbasierter Beschäftigung und Wertschöpfung beruht«, so die Autoren des Bildungsberichts. Doppelte Abiturientenjahrgänge durch die Schulzeitverkürzung am Gymnasium von 9 auf 8 Jahre und die Aufhebung der Wehrpflicht sind Sonderfaktoren, die die Studienanfängerzahlen im letzten Jahr überproportional steigen ließen. Unabhängig davon nehmen die Studierendenzahlen in den letzten Jahren sowohl absolut als auch proportional zu.

Dennoch ist der Anschluss an die OECD-Quoten noch nicht erreicht. Wenn der Hochschulabschluss zunehmend wichtiger für die berufliche Perspektive junger Menschen wird, ist es besonders gravierend, dass der Hochschulzugang nach wie vor sozial vererbt wird. 77% der Kinder von Akademikern nehmen ein Studium auf, aber nur 13% der Kinder von Hauptschuleltern. Die Übergangsquote vom Abitur zum Hochschulstudium ist ebenfalls stark abhängig vom Elternhaus: 81% studienberechtigte Akademikerkinder, aber nur 62% studienberechtigter Kinder von Eltern ohne höhere Schulabschlüsse beginnen ein Studium. Auch hier ist eine besondere Benachteiligung weiblicher Abiturientinnen festzustellen, sie nehmen viel seltener ein Studium auf, obwohl ihre Abiturientenquote wesentlich höher ist.

Schon jetzt haben wir höhere Studierendenzahlen als vom Hochschulpakt zwischen Bundesregierung und Ländern als Zielmarke ausgegeben wurde und finanziert sind. Die Mittel, die pro Studierenden jährlich zur Verfügung stehen, haben sich gegenüber 2005 bereits verringert und drohen weiter zurückzugehen, wenn nicht zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, wonach es gegenwärtig nicht aussieht. Schon jetzt schätzen 40% der Studierenden die Studienbedingungen an deutschen Hochschulen problematisch ein. /vgl. 140/

Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass die Strukturreform zum Bachelor/Master-System erhebliche Probleme mit sich bringt. Da der berufsqualifizierende Wert des Bachelor-Abschlusses äußerst fraglich ist, wollen fast alle Studierenden einen Masterstudiengang anschließen. Dabei ergeben sich zukünftig massive Kapazitätsprobleme. Hinzu kommt, dass das eigentliche Ziel der Umstellung auf Bachelor/Master so nicht erreicht werden kann: Die Studienzeiten werden nicht verkürzt und die Abbrecherquoten sind nach wie vor hoch (Bachelorstudiengänge 2010: Abbruchquote 28%).

Fazit

Der Bildungsbericht 2012 ist ein Dokument ungleich verteilter Bildungschancen in Deutschland und kein Grund zum Jubeln. Von der Krippe über die Schule, die Berufsbildung, die Hochschule und die Weiterbildung ist unser Bildungswesen von ungleich verteilten Bildungschancen aufgrund sozialer Benachteiligung gekennzeichnet.

Ohne Zweifel hat es im zurückliegenden Jahrzehnt Veränderungen in allen Bildungsbereichen gegeben. Vor allem die meisten Eltern haben die steigende Bedeutung guter Bildung für ihre Kinder erkannt und handeln entsprechend, indem sie höhere Bildungsabschlüsse verlangen und häufig viel Zeit und Geld in die Bildung ihrer Kinder investieren.

Die staatlichen Reformen (Kita-Ausbau, Steigerung der Zahl der Studienplätze, Sprachförderung, Schulreformen) sind eher Reaktionen auf die gestiegene Nachfrage und oft allenfalls halbherzig. Ein grundsätzliches Umsteuern zu mehr Bildungsgerechtigkeit erfordert einen schnelleren Ausbau der Bildungseinrichtungen für ganztägige Bildung und Betreuung für alle Kinder in hoher Qualität und die soziale Öffnung der Hochschulen. Das ist nur durch eine massive Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben zu haben. Der Rückgang von Schülerzahlen im kommenden Jahrzehnt bietet dafür prinzipiell Spielraum. Angesichts einer parteienübergreifenden Politik von Schuldenbremse und Fiskalpakt sind die Chancen dafür gegenwärtig allerdings außerordentlich gering.

Klaus Bullan ist Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hamburg.



GEW: „Fiskalpakt stranguliert Bildung“



Bildungsgewerkschaft zur Debatte in Bundestag und Bundesrat

Frankfurt a.M./Berlin – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) lehnt den Fiskalpakt ab. Sie fordert Bundestag und Bundesrat auf, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen. „Die Sparvorgaben des Fiskalpaktes strangulieren die Bildung. Schon jetzt haben Sparaufgaben in den südlichen Ländern Europas dramatische Auswirkungen. In Spanien explodieren die Klassengrößen: Bis zu 45 Schüler kommen auf eine Lehrkraft – die Jugendarbeitslosigkeit erreicht schwindelerregende Höhen. In Griechenland hat die Troika das Modell der ‚billigen Schule‘ für verbindlich erklärt“, sagte GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne am Freitag mit Blick auf die Sitzungen von Bundestag und Bundesrat. „Bildung ist der Schlüssel für Zufriedenheit und Wohlstand der Menschen, sie eröffnet Lebens- und Berufschancen. Bildung ist Grundlage für die demokratische Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und Europa.“

„Der Fiskalpakt ist undemokratisch und gefährdet die Zukunft Europas. Er führt zu einem massiven Abbau sozialstaatlicher Leistungen und drastischen Kürzungen im Bildungsbereich. Bildung und öffentliche Infrastruktur werden zum Steinbruch einer verfehlten Haushaltspolitik, die Rezession und Arbeitslosigkeit produziert, statt Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Das ist sozialer Sprengstoff für ganz Europa“, unterstrich Thöne. Statt einer immer aggressiver werdenden Spar- und Kürzungspolitik schlug er vier Eckpunkte einer Strategie zur Lösung der Finanzmarktkrise vor. Erstens müssten die Finanzmärkte reguliert werden, um das Primat der Politik durchzusetzen. Zweitens sprach er sich für ein tragfähiges Konzept aus, um ökologisch verträgliches Wachstum zu entwickeln und Beschäftigung zu sichern. Drittens brauche Europa eine konjunkturgerechte Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Viertens müssten Vermögende stärker besteuert werden, damit mehr Geld in die öffentlichen Kassen kommt. Mit diesen Mittel sollten insbesondere die Ausgaben für Bildung erhöht werden.

PM vom 29.06.2012



Tobias Kaphegyi

Bildungsfinanzierung und "Wissensgesellschaft"

aus: Forum Wissenschaft 2/2012

High-Tech-Kapitalismus funktioniert nur in Verbindung mit Hochqualifikationspolitik. Das ist der Hintergrund für die Aufwertung von > Bildungspolitik< im politischen Diskurs. Zunehmend erscheint neoliberalen Denkern das gegliederte Schulsystem als künstliche Schranke der Produktivitätssteigerung. Tobias Kaphegyi begründet, warum diese neuen Diskurse nicht zwangsläufig zu einer ausreichenden und gerechteren Bildungsfinanzierung führen¹.



Spätestens seit PISA sind eherne bürgerliche Überzeugungen erschüttert, die bis in die jüngere Vergangenheit lauteten: "Mit einem - im internationalen Vergleich nicht einmal überdurchschnittlichen - Finanzmittelanteil [...] am Bruttosozialprodukt ist das deutsche Bildungssystem einer der wichtigsten Faktoren für den Standort > D<. Schule in Deutschland ist gerecht, sie ist fachlich fundiert, und sie bietet Chancen, wie keine andere öffentliche Schule der Welt".² Wer trotz des empirischen Dauerfeuers der verschiedenen BildungsforscherInnen weiterhin in solch konservativer Manier die "Gerechtigkeit" des deutschen Bildungssystems postuliert, gilt inzwischen in der veröffentlichten Diskussion oft als Ideologe und wird nicht selten als "Gymnasialfraktion" und "BesitzstandswahrerIn" abqualifiziert. Selbst im Jahresgutachten des Aktionsrates Bildung der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e.V. - am ehesten noch eine Schnittstelle zwischen konservativem Bürgertum und Kapitalinteressen - heißt es beispielsweise schon 2007: "Die Selektion [im Bildungssystem, d.Verf.] findet [...] nicht über Leistungsfähigkeit statt".³ Damit verweigert in diesem Beispiel - zumindest auf den ersten Blick - eine Arbeitgeberorganisation die gesellschaftlicher Ungleichheit im deutschen Bildungssystem: beim Glauben daran, dass Selektion und unterschiedliche Bildungsergebnisse und -strukturen ihre Ursache in der natürlich unterschiedlichen "Begabung" von Menschen hätten, die kombiniert mit genügend Leistungsbereitschaft, Wille und Fleiß zu unterschiedlicher Leistungsfähigkeit und damit zu unterschiedlichen aber "gerechten" Bildungsabschlüssen und gerechtfertigten ungleichen Lebenschancen führten.

Verweigerung der Gefolgschaft

Wie sich aber am Beispiel der bayerischen Arbeitgeber illustrieren lässt, haben sich Mainstream-Wirtschaftswissenschaften, Arbeitgeberorganisationen, liberale DenkerInnen und PolitikerInnen seit den 1990er Jahren mehr und mehr aus dem bürgerlichen Bündnis zur Bewahrung der "konservativen Bildungsstaatlichkeit"⁴ herausgelöst. Neoliberale ÖkonominInnen äußern beispielsweise Kritik am dreigliedrigen Schulsystem, an der frühkindlichen Erziehung durch die Mütter zu Hause oder an der Organisation von Schule als Halbtagesveranstaltung. Damit ist die gesellschaftliche Verteidigungslinie zur Konservierung der althergebrachten Strukturen des deutschen Bildungssystems und seiner bisherigen Finanzierung so dünn wie seit den 1970ern nicht mehr. Was ist geschehen? Was sind die Hintergründe dieses neoliberalen Einsatzes für mehr "Chancengerechtigkeit"? Hat sich die Struktur der deutschen Bildungsfinanzierung dadurch verändert? Gibt es dank der > neoliberalen Fraktion< eine Wende hin zu mehr Umverteilung hoher Einkommen und Vermögen in Deutschland und damit mehr Geld für eine "Gute Bildung für Alle!"?

Ein Blick zurück: Nach dem zweiten Weltkrieg hatten sich zunächst die typisch deutschen Entwicklungen in der Schul- und Bildungspolitik (Stichwort: "Weimarer Schulkompromiss") endgültig zur konservativen Bildungsstaatlichkeit verfestigt. Aufgrund der zunehmenden Blockkonfrontation gaben die angelsächsischen Besatzungsmächte, die integrierte Schulsysteme bevorzugten, den deutschen Kulturpolitikern schnell nach, welche vehement und teilweise weit über die politischen Lager hinweg an Elementen des überkommenen Bildungssystems, wie der nur vierjährigen Grundschule und dem ständischen, dreigliedrigen Bildungssystem festhalten wollten. Seit den 1970er Jahren aber zeigten sich erste Widersprüche. Mit Abschluss der volkswirtschaftlichen Nachholeffekte geriet der Kapitalismus ab den 1970er Jahren in Westeuropa wieder zunehmend in seinen krisenhaften Normalverlauf: Zurückgehende Wachstums- und Profitraten, steigende Arbeitslosenquoten und eine zunehmende Polarisierung auch westeuropäischer Gesellschaften sorgten paradoxerweise für eine Ablösung des bis dahin dominierenden keynesianischen Wirtschaftspolitik-Paradigmas, das für etwas Umverteilung und in Deutschland trotz hauptsächlich bürgerlich-konservativer Mehrheiten für eine wenigstens mittelmäßig ausfinanzierte konservative Wohlfahrts- und Bildungsstaatlichkeit gesorgt hatte. Aus den Einzelinteressen der UnternehmerInnen formierte sich ab den 1970er Jahren ein "doppelter Angriff" (Entstaatlichung und Privatisierung) der Kapitaleseite auf den keynesianischen Wohlfahrtsstaat zur Anhebung der Profitraten bei weiter sinkenden Wachstumsraten.⁵

Aufkündigung des Wohlfahrtsstaates

Zu dieser Entwicklung trägt wesentlich der Einfluss der hegemonialen, neoklassischen und neoliberalen Politikberatung durch die Mainstream-Wirtschaftswissenschaften bei, sodass die "herrschende Lehre" auch die "Lehre der Herrschenden" darstellt.⁶ Zurückgehende Wachstumsraten werden in dieser Lehre als Folgen der Störung der "unsichtbaren Hand des Marktes" interpretiert. Im neoklassischen, bzw. neoliberalen Paradigma, das heute die Mainstreamökonomie beherrscht, muss darauf mit einer so genannten "Entfesselung" der Marktkräfte reagiert werden.⁷ Dies bedeutet ein Absenken der steuerlichen Finanzierungsanteile der Kapitaleseite am Bildungssystem, welches zugleich marktförmig umgebaut wird (z.B. durch New Public Management). Dies geht einher mit Versuchen der Privatisierung vieler vernachlässigter Bereiche des Wohlfahrts- und Bildungsstaates. Nicht profitable Bereiche werden durch die finanzielle Entstaatlichung einfach nur zerstört. Aussagen von politikberatenden neoliberalen Ökonomen deuten darauf hin, dass "das Diktat der leeren Kassen"⁸ von Anfang an als eine Strategie zur Zerstörung und zum Umbau des klassischen Wohlfahrtsstaates gedacht war.

Dieser politische Prozess der neoliberalen Entstaatlichung der Bildungssysteme durch systematische Austrocknung der Einnahmenseite des Staates bei gleichzeitig zunehmender Privatisierung und marktförmiger Umorganisation ist nach wie vor das dominierende Element der aktuellen Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung. Allein ca. 50 Milliarden Euro jährlich gehen dem deutschen Staat durch die Unternehmenssteuer-"Reformen" der rotgrünen Bundesregierung immer wieder aufs Neue verloren. Betrachtet man die Entwicklung der deutschen Bildungsfinanzierung seit den 1970er Jahren bis 2008 so sanken die öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ständig: nach der historischen Ausnahmesituation von Bildungsexpansion und Hochschulausbau bis Mitte der 1970er Jahre stark abfallend, bis zum gemächlicheren Sinkflug der 2000er Jahre. Im internationalen Vergleich ist und bleibt Bildung in Deutschland nach den Zahlen der OECD extrem unterfinanziert. Die öffentlichen deutschen Bildungsausgaben sind katastrophal niedrig; die privaten Bildungsausgaben bewegen sich im internationalen Mittelfeld und nehmen tendenziell zu. Noch werden sie stärker durch die betrieblichen Ausgaben dominiert als - wie in anderen Ländern - durch die Ausgaben der privaten Haushalte. Dies ist durch das typisch deutsche duale System der Berufsausbildung bedingt, welches ebenfalls ein charakteristisches Element der althergebrachten konservativen Bildungsstaatlichkeit darstellt. Aber auch hier geht die Tendenz der letzten Jahre in Richtung höherer finanzieller Beteiligung der privaten Haushalte und zu einem stärkeren Rückzug der Unternehmen aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.⁹ Innerhalb des deutschen Bildungssystems sind die Defizite im internationalen Vergleich noch einmal auffällig ungleich auf die unterschiedlichen Bildungsstufen verteilt: Die untersten ab dem vorschulischen

Elementarbereich werden von der öffentlichen Hand besonders schlecht ausgestattet, während sich die öffentlichen Hochschulausgaben international immerhin im unteren Mittelfeld bewegen. Insgesamt ist die Performanz der deutschen Bildungsfinanzierung also zumindest bis 2008 zutiefst geprägt durch die neoliberale Transformation: Entstaatlichung und quasi-marktförmiger institutioneller Umbau bei zunehmender Privatisierung. In manchen Sektoren der Bildungsfinanzierung, wie beispielsweise im Bereich der Sekundarstufe II, bleibt das öffentliche Gymnasium und somit die konservative Bildungsstaatlichkeit trotz rasch zunehmendem Privatschulbesuchs dominant, da diese den bildungsbürgerlichen (auch grün und sozialdemokratisch wählenden) Eltern immer noch einen ausreichenden Distinktionsvorteil garantieren.

Neoliberalismus gegen soziale Selektion?

Die eingangs beschriebenen "neuen" neoliberalen Stimmen fordern nun aber nicht mehr nur einfach "mehr Markt und weniger Staat". Sie kritisieren beispielsweise: "Als besondere Risiken für die Nichtbeteiligung an höheren Bildungsmaßnahmen und -abschlüssen müssen die Zugehörigkeit zu einer bildungsfernen Schicht und/oder ein Migrationshintergrund gelten".¹⁰ Einige fordern explizit eine Abschaffung der Dreigliedrigkeit (als einer der ersten beispielsweise der baden-württembergische Handwerkstag) und vor allem einen Ausbau und eine Professionalisierung der vorschulischen Bildung im Interesse von mehr Bildungsgerechtigkeit und Integration.¹¹ Die Bertelsmann Stiftung hat etwa (um durch die politische Maßnahme einer offenen Koordinierung Druck auf die Landesregierungen auszuüben) seit 2008 den Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme etabliert. Mit dem verkrampften Kampf der CSU um das selbst in der CDU hoch umstrittene Betreuungsgeld erleben wir ein klassisches Rückzugsgefecht der Anhänger des konservativen Bildungsstaates, welche sich in erster Linie mit den "neuen" Neoliberalen in der eigenen gesellschaftlichen Klasse streiten müssen. Deren Forderungen wiederum sind in der sozialen Elite zunehmend Konsens: Von den sozialdemokratischen AnhängerInnen eines "vorsorgenden Sozialstaates", über WissenschaftlerInnen, die vor den ökonomischen "Folgekosten unzureichender Bildung" warnen bis zur Merkelschen "Bildungsrepublik" erhofft man sich eine konstruktive Kompensation der neoliberalen Entstaatlichung und behauptet: "Bildungspolitik ist der beste Sozialstaat".¹² Das liegt natürlich auch im Interesse der Arbeitgeber, denn die soziale Selektion im deutschen Bildungssystem hält das Angebot an AkademikerInnen im internationalen Vergleich gering, wodurch deren Löhne dementsprechend hoch sind und eine gewünschte AkademikerInnen-Lohnspirale nach unten schwerer als in anderen Ländern in Gang kommt.

Weiterentwicklung des Neoliberalismus

Der ökonomietheoretische Ursprung dieses > neuen< neoliberalen Blicks auf Bildung liegt in den Weiterentwicklungen der neoklassischen Wachstumstheorie durch die "neuen" bzw. "endogenen Wachstumstheorien".¹³ Eine Investition in Humankapital ist in diesen, vergleichbar einer entsprechenden Investition in Sachkapital, Voraussetzung für wachstumsfördernde Innovationen. Bildung wird als Inputfaktor zur Steigerung der Produktivität betrachtet. Trotzdem bauen auch die neuen Wachstumstheorien wie ihre neoklassischen Vorläufer auf der Gleichgewichtsannahme auf. In der Gleichgewichtsannahme führt jede Erhöhung der Inputfaktoren (hier: mehr Bildung) bei freier Preisbildung automatisch zu höherem Wachstum - ohne Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Es wird also davon ausgegangen, dass besser gebildete Menschen diesen Vorteil auch automatisch am Arbeitsmarkt in bessere Berufschancen umsetzen können und die Wertschöpfung damit steigern - egal wie sich die Nachfrage nach Arbeit und die wirtschaftliche Situation in der Realität gestalten. Das ist empirisch betrachtet natürlich Humbug. Ein Beispiel: Obwohl die Jugendlichen in Europa immer besser ausgebildet sind, steigt die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern und die Wachstumskrise hat Europa fest im Griff. "Aus dieser Fehlannahme folgt die ebenfalls falsche Vorstellung, der freie Zugang zu Bildung sei eine hinreichende Bedingung für soziale Gerechtigkeit".¹⁴ In den neoliberalen Konzepten, die bis tief in die Sozialdemokratie hinein auf Resonanz stoßen, wurden soziale Gerechtigkeit und materielle Umverteilung längst durch Bildungschangengerechtigkeit und "lebenslanglich Lernen" ersetzt. Die kausale Erklärung von Wirtschaftswachstum durch besser ausgebildetes Humankapital wartet aber auch mit weiteren blinden Flecken auf: Sie ignoriert beispielsweise Wanderungsbewegungen hochqualifizierter Arbeitskräfte. Ausgeblendet wird weiterhin, dass die infolge von Bildung wachsende Arbeitsproduktivität Arbeitsplätze kostet, wenn man nicht volkswirtschaftlich mit materieller Umverteilung und Arbeitszeitverkürzung gegensteuert.¹⁵ Die positiven externen Effekte und emanzipatorischen gesellschaftlichen Auswirkungen von mehr Bildung sollen hier nicht in Abrede gestellt werden. Auch nicht die potenziell höheren Arbeitsmarktchancen hoch ausgebildeter und mobiler Menschen. Diese seit Jahrhunderten positiv besetzten Effekte von Bildung sind der Grund dafür, warum die Rede von der Bedeutung von Bildung in fast allen Gesellschaftsfraktionen positive Anknüpfungsmöglichkeiten an vorhandene habituelle Denk- und Wertmaßstäbe schafft. Dies spricht auch für die weit verbreitete kritiklose, zumeist positiv konnotierte und als unabänderlich verstandene Verwendung der Rede von der "Wissensgesellschaft", die vor allem Bittlingmayer in seinen Arbeiten als "symbolischen Klassenkampf von Oben"¹⁶ im "Spätkapitalismus" versteht. Die neoliberale politische Elite in der deutschen Sozialdemokratie ist beispielsweise auf die Rede von der "Wissensgesellschaft" angewiesen, weil es ihr damit gelingt, ihre alte Forderung nach Emanzipation gesellschaftlich Benachteiligter modernisiert zu reformulieren ohne sich auf einen

wirklichen Klassenkonflikt für die Umverteilung von Oben nach Unten einzulassen. Engagement in diesem Konflikt führte im Deutschland der 1990er Jahre ja nicht zu einer schnellen Regierungsbeteiligung und prickelnden Wahlergebnissen, weshalb sich die Sozialdemokratie im Sinne einer "passiven Revolution" (Gramsci) selbst vor den neoliberalen Karren gespannt hat. Die Verantwortung für die Finanzierung des lebenslangen Lernens werden nun ans Individuum delegiert, was aber vor allem für das klassische WählerInnen Klientel der Sozialdemokratie mehr und mehr in die Verschuldung führt (Private Vorsorge in immer mehr Bereichen: Rente, Gesundheit, Pflege und Bildung).

Fazit: individualisierte Selbst-Selektion

So wird als Fazit und Ausblick zu prognostizieren sein, dass sich die vordergründigen Widersprüche zwischen besitzstandswahrendem und um Distinktion kämpfendem Bildungsbürgertum und den neoliberalen Forderungen nach einem breiterem Zugang zu höherer (Aus-)Bildung kaum in einer verbesserten öffentlichen Bildungsfinanzierung niederschlagen werden. Eine bessere Bildungsfinanzierung wird höchstens über den Abbau anderer sozialstaatlicher Leistungen in der Daseinsvorsorge realisiert werden, was wiederum verheerende Auswirkungen auf die soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem selbst hätte. Für eine wirkliche Verbesserung der Bildungsfinanzierung ohne weiteren Abbau des Sozialstaates müssten nämlich die Vermögen und Einkommen der Besserverdienenden über höhere Steuern stärker in für alle Menschen offene und kostenfrei zugängliche, staatliche oder gesellschaftlich verwaltete Bildungseinrichtungen umverteilt werden. Wer so etwas fordert, sieht sich aber trotz der Widersprüche zwischen Neoliberalen und Konservativen sehr schnell wieder mit einer bürgerlichen Einheitsfront konfrontiert. Steuererhöhungen für Vermögende und Erben, auf Unternehmens- und Spekulationsgewinne sind in allen neoliberalen Bildungskonzepten wegen der Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland strengstens untersagt. Dies zeigt auch schon das sich abzeichnende mögliche Scheitern der Merkschen Bildungsrepublik, die bis 2015 eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts realisieren wollte. Ich wage die Prognose, dass konservative Bildungsstaatlichkeit und neoliberales "Diktat der leeren Kassen" voraussichtlich in einer Synthese aufgehen werden, in der gesellschaftliche Ungleichheit nicht mehr durch Begabung als quasi-naturegegebene unveränderliche Eigenschaft erklärt wird. Der neue modernisierte Legitimationsmythos gesellschaftlicher Ungleichheit wird die selbstverantwortliche, eventuell staatlich geförderte finanzielle EURnehmung von Bildungschancen darstellen (Bildungssparen, Bildungsgutscheine etc.). Akademische Bildung wird vor allem für Mittelschichten über reine > Ausbildungshochschulen< weiter geöffnet werden, während sich die gehobeneren sozialen Gruppen möglicherweise an den > Exzellenzuniversitäten< konzentrieren werden. Denkbar ist auch, dass die Mittelschichten künftig bereit sind, sich ähnlich wie in den asiatischen Bildungssystemen als ganze Familie in die zunehmend private Finanzierung der Bildungskarriere des Kindes mit einzubringen.

Wer schon als Eltern nicht für die Bildungschancen seiner Kinder sorgen kann, wer als SchülerIn aufgrund seines Klassenhabitus versagen wird und wer eine Lehrstelle aufgrund anderer unerfüllter Interessen ausschlägt, macht sich schuldig und haftet allein für seinen schlechten Start ins Berufsleben. Klassenhabituelle Schwierigkeiten mit dem nach wie vor dominanten bürgerlichen Bildungsideal bleiben auch künftig ignoriert.

Der konservative Bildungsstaat mit seiner sozial-strukturellen Benachteiligung modernisiert sich so über die EURnehmung von "Bildungschancen" statt "Begabungen" - beispielsweise in der frühkindlichen Bildung. Siehe das lange Zeit rot-rot regierte Berlin: Über ein Gutscheinmodell statt staatlicher, ausreichender Qualitätskitas für alle wird soziale Selektion nach sozioökonomischer Herkunft durch die Mitwirkung der selbstverantwortlichen Individuen erneuert und sogar noch optimiert: Es zeichnet sich eine Spannweite ab zwischen dem viel kulturelles Kapital vermittelnden, selbstverwalteten Kinderladen der vielleicht noch unvermögenden aber ausschließlich studierenden und promovierenden Eltern bis hin zur anregungsarmen, staatlichen Restkita für MigrantInnen und sozial Benachteiligte.

Anmerkungen

¹⁾ Es handelt sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung des Vortrages "Bildungsfinanzierung im Übergang zur > Wissensgesellschaft< - Widersprüche!", den der Autor zum Schwerpunktthema der 43. BdWi-Mitgliederversammlung am 22. April 2012 in Köln gehalten hat.

²⁾ Josef Kraus 1998: Spaßpädagogik: Sackgassen deutscher Schulpolitik, München: 11.

³⁾ Vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hg.) 2007: Bildungsgerechtigkeit. Jahresgutachten 2007, Wiesbaden: 12.

⁴⁾ Zur Erklärung des Begriffs "konservative Bildungsstaatlichkeit" siehe: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2012: Memorandum 2012. Europa am Scheideweg - Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat, Köln: 214-219.

⁵⁾ Zum diesem Thema siehe: Tobias Kaphegyi / Gunter Quaißer 2010: "Privatisierung von Bildung - Ursprung, Besonderheiten und Erscheinungsformen.": in: Kai Eicker-Wolf / Ulrich Thöne 2010: An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen. Bildungsausgaben, Öffentliche Haushalte und Schuldenbremse, Marburg: 159-187. Und: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011: Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos, Köln: 229-261.

⁶⁾ Karl-Georg Zinn 2005: Das Leiden an der Ökonomie ohne Menschlichkeit - Mythos und Krise: warum die reiche Gesellschaft Armut und Arbeitslosigkeit produziert und was dagegen zu tun wäre. www.memo.uni-bremen.de/docs/m2209.pdf (25.07.2010).

⁷⁾ Siehe beispielsweise das paradigmatische Werk des ehemaligen CHE-Chefs: Detlef Müller-Böling 2000: Die entfesselte Hochschule, (erste Auflage) Gütersloh.

⁸⁾ Herbert Giersch 1991: Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West, Bad Homburg: 17.

⁹⁾ Eine ausführlichere Analyse der Entwicklung der privaten Bildungsausgaben in Deutschland findet sich in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2012, a.a.O.: 210f.

¹⁰⁾ Vbw 2007, a.a.O.: 12.

¹¹⁾ Zuletzt: vbw - Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e.V. (Hg.) 2012: Professionalisierung in der Frühpädagogik. Qualifikationsniveau und Bedingungen in Kindertagesstätten, Münster.

¹²⁾ Siehe beispielsweise Frau Merkel in der Generaldebatte im Bundestag 2008: FAZ.NET 2008: "Zehn Euro für jedes Kind". www.faz.net/aktuell/politik/inland/generaldebatte-im-bundestag-zehn-euro-fuer-jedes-kind-1694803.html (05.05.2012).

¹³⁾ Vgl. etwa: Robert J. Barro 1997: Determinants of Economic Growth: a Cross-Country Empirical Study, Cambridge (Mass.). Oder: N. Gregory Mankiw / David Romer / David N. Weil 1992: "A Contribution to the Empirics of Economic Growth", in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 107: 407-437.

¹⁴⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2006: Memorandum 2006. Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung, Köln: 108.

¹⁵⁾ Zur Diskussion der Wechselwirkungen zwischen Bildung, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung siehe: Tobias Kaphegyi 2012: Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings, Frankfurt: 24-30.

¹⁶⁾ Uwe H. Bittlingmayer 2005: "Wissengesellschaft" als Wille und Vorstellung, Konstanz: 12.

Tobias Kaphegyi, Bildungsökonom, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, DGB, ver.di, Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Villingen



Schlanker Staat auf Kosten der Bildung

aus: Böcklerimpuls 4/2012



Seit der Jahrtausendwende hat sich der Lehrermangel an deutschen Schulen leicht verringert – allerdings nur wegen sinkender Schülerzahlen. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern bleibt Deutschland weiterhin zurück.

Im internationalen Vergleich hat das deutsche Bildungswesen in den vergangenen Jahren immer wieder schlechte Noten bekommen. Die unzureichende personelle Ausstattung an den Schulen ist hierfür ein wesentlicher Grund, so der Finanzexperte Dieter Vesper. Das langjährige Mitglied im Kreis der Steuerschätzer hat im Auftrag des IMK die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst untersucht.* Besonders groß ist der Fehlbestand an deutschen Schulen, stellt Vesper fest. Nach seinen Berechnungen fehlen hier rund 55.000 Lehrkräfte. In der Kinderbetreuung sieht der Finanzexperte einen zusätzlichen Bedarf von 16.000 Stellen. Etwas günstiger hat sich die Situation an den Hochschulen entwickelt.

Schulen. Rund ein Drittel der personellen Ressourcen im Landesdienst entfällt auf die Schulen. Im Bundesdurchschnitt ging der zentrale Indikator der schulischen Versorgung, die Schüler-Lehrer-Relation, leicht zurück: Kamen 1992 noch 16,5 Schüler auf einen Lehrer, waren es 2009 16,1. Dieses Ergebnis hängt jedoch in erster Linie mit den sinkenden Schülerzahlen zusammen: Die Zahl der Lehrer stagnierte in diesem Zeitraum nahezu mit einem Plus von lediglich 0,6 Prozent.

In den kommenden Jahren werden jährlich – auf Vollzeitstellen umgerechnet – zwischen 18.000 und 33.000 Lehrer altersbedingt aus dem Arbeitsleben ausscheiden, zeigen Vespers Berechnungen. Weiter sinkende Schülerzahlen könnten die Politik dazu verleiten, frei werdende Stellen zu streichen. Im internationalen Vergleich habe Deutschland jedoch zu wenig Lehrer, so der Wissenschaftler. Gemessen am EUDurchschnitt ergebe sich ein Fehlbestand von 11 Prozent; das sind 55.000 Lehrkräfte. Gerade die demografisch bedingte „Bildungsrendite“ sollten die Bundesländer nicht der Haushaltskonsolidierung unterwerfen, warnt Vesper. Denn inzwischen habe sich in der Wissenschaft die Einschätzung durchgesetzt, dass Bildungsausgaben mittelbar für mehr Wachstum sorgen.

Hochschulen. Nahezu ein Fünftel des Personals im Landesdienst ist in Hochschulen und Hochschulkliniken tätig. Parallel zum deutlichen Anstieg der Studentenzahl hat sich die Zahl der hauptberuflich Beschäftigten im Zeitraum 2000 bis 2009 von 422.000 auf 467.000 erhöht. Die Hochschulen setzten für die neuen Stellen vor allem Drittmittel ein – und stockten ihr wissenschaftliches Personal nach der Jahrtausendwende kräftig auf: Im Jahr 2009 war die Zahl der Beschäftigten mit 301.000 um 37 Prozent höher als 2000. Damit verbesserte sich die Relation zwischen Lehrenden und Lernenden: Die Zahl der Studenten je Lehrperson sank auf sieben. Hingegen ging die Zahl der nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten kräftig zurück, von 213.000 auf 166.000 – also um 22 Prozent. Die neuen Jobs seien zudem oft zeitlich befristet und vielfach Teilzeitstellen, so der Forscher.

Kinderbetreuung. In jüngster Zeit hat Deutschland erhebliche Anstrengungen unternommen, die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auszubauen und sie an westeuropäische Standards heranzuführen. Insgesamt ist von 2006 bis 2010 die Zahl der betreuten Kinder von 2,95 auf 3,08 Millionen gestiegen – ein Zuwachs um 4,2 Prozent. In der gleichen Zeit hat die Zahl der in Tageseinrichtungen tätigen Personen von 415.000 auf 490.000 zugenommen; dies entspricht einem Plus von 18 Prozent. Während 2006 auf einen Beschäftigten noch 7,1 Kinder kamen, waren es 2010 nur noch 6,3 Kinder.

Allerdings habe sich „die Beschäftigungsausweitung primär im Bereich der Teilzeitarbeit vollzogen, sodass die Verbesserung der Betreuungsrelationen wohl überzeichnet ist“, gibt Vesper zu bedenken. Und trotz der Fortschritte bestehe gerade bei der frühkindlichen Betreuung bundesweit ein riesiger Nachholbedarf, so der Forscher – im Westen stärker als im Osten. Allein aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab zwei Jahren ergebe sich ein zusätzlicher Bedarf von 16.000 Stellen.

* Quelle: Dieter Vesper: Finanzpolitische Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Öffentlichen Dienstes in Deutschland, IMK Study Nr. 25/2012

Quelle: Böcklerimpuls 4/2012 - Vesper 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de



Sabine Schiffer



aus: Nachdenkseiten 17. Juli 2012 um 9:12 Uhr

Hoch im Kurs – Marketing an Schulen – natürlich kostenlos

Als Forschungs- und Bildungseinrichtung, die einst die Broschüre „Frieden und Sicherheit“ zu Analysezwecken beim FDP-nahen Verein „Jugend und Bildung“ bestellte, erhalten wir nun regelmäßig das jeweils neue Lehrmaterial frei Haus. Nun erreichte uns die Broschüre „Hoch im Kurs“ in zwei Ausgaben, eine für Schüler und eine für Lehrkräfte, deren Herausgeber neben der „Stiftung für Jugend und Bildung“ auch der Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI) ist.[1] Unter der Rubrizierung „Geld, Markt, Wirtschaft“ für die Sekundarstufe II soll Jugendlichen die Themenfelder „Ausgaben planen“, „Märkte verstehen“ und „Vermögen aufbauen“ nahe gebracht werden. Obwohl Fondsberatung nicht lehrplanrelevant ist, wird Lehrkräften viel Arbeitserleichterung rund um dieses Themenfeld angeboten, die von vorgefertigten Arbeitseinheiten über Medientipps bis hin zu kostenlosen Beratern für den Schulunterricht reicht. Letztere sind über die gleichnamige Website mit stets aktualisierten Angeboten zu buchen.[2] Die Prämierung des Angebots durch das Comenius Edu Siegel und das UNESCO Nachhaltigkeitssiegel bzw. deren Abdruck auf der Rückseite des Schülermagazins verspricht geprüfte Qualität. Von Sabine Schiffer[*]

Die Unterseite von hoch-im-kurs.de „Wie Märkte funktionieren“ beginnt mit folgender Fragestellung: „Klamotten, iPod, Auto – das alles kostet Geld. Dieses aber muss verdient werden. Hast du dich schon mal gefragt, warum Geld fast immer mit Arbeit zu tun hat?“ Was hier als jugendgerechte Formulierung daher kommt, ist mindestens einmal eine Umkehrung der Kausalitäten. Konsum jenseits von Sinn- und Nützlichkeitsfragen ist stets die Prämisse aller Fragestellungen bei „Hoch im Kurs“. So heißt es in der gedruckten Broschüre im Kapitel „Geldmanagement“ auf S. 5:

„Wenn du in den Beruf eintrittst, übersteigen meist die Ausgaben die Einnahmen, zum Beispiel für ein Auto, für Möbel oder für die eigene Wohnung. Hier hilft die Bank mit einem Kredit. Zum Sparen bleibt in dieser Lebensphase in der Regel wenig übrig. Je schneller die Kredite in den Folgejahren wieder zurückgezahlt werden können, desto frühzeitiger können wieder neue Ersparnisse aufgebaut werden. Dies ist meist im fortgeschrittenen Alter und im späteren Berufsleben der Fall. Wenn du mit Mitte bis Ende 60 aus dem Berufsleben wieder ausscheidest, sinkt das Einkommen meist wieder ab, weil die staatliche Rente niedriger als das bisherige Einkommen ist. Damit aber der gewohnte Lebensstandard aufrechterhalten werden kann, ist es wichtig, durch frühzeitiges Sparen Vermögen aufzubauen. Frühes Sparen ist also nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.“

Soviel zur Einführung in die Konsum-Finanzbiografie eines Menschen, der wenig später noch in verschiedene „Anlegertypen“ eingeteilt wird. Das Spektrum auf Seite 21 reicht von „Nummer-Sicher-Typ“ bis zum „Wenn-Schon-Denn-Schon-Typ“ und folgt der Einteilung von Wertpapieren in sichere und weniger lukrative oder eben lukrative aber riskante Papiere. Die Prämisse ist dabei: Es gibt so etwas wie Anlegertypen und du gehörst zu einem der willkürlich definierten Spezies; finde heraus, welcher Typ Du

bist und dann lege los. So wird die Doppelseite über Anlagemöglichkeiten mit der faktizierenden Feststellung eingeleitet: „Wenn du Geld auf der ‚hohen Kante‘ hast, legst du es nicht mehr unters Kopfkissen, sondern du legst es an...“ [Hervorh. vom mir] Aha, so ist das also, so macht man das. Und schon folgen die Anlagemöglichkeiten von Aktien über Rentenpapiere bis Investmentfonds. Der Kauf wertvoller Gegenstände oder eine Investition in Immobilien oder dergleichen außerhalb von Wertpapieren kommt in der Broschüre nicht vor – es sei denn, es handelt sich um Lifestyle-Produkte. Auch, dass eine Wirtschaftskrise das gesamte System zum Zusammensturz bringen könnte, fehlt auffällig – obwohl sogar an einer Stelle von einer „Finanzmarktkrise“ die Rede ist und diese als „Marktversagen“ definiert wird. „Zu den Hauptursachen einer Finanzmarktkrise zählt fehlendes Risikobewusstsein und überzogenes Gewinnstreben einzelner Akteure auf den Finanzmärkten.“ Na, das ließe sich doch vermeiden, oder?!

Und auch wenn Arbeit immerhin als notwendiges Übel zum Erwerb von Mitteln zum Konsum akzeptiert wird, verspricht eine Überschrift wie die folgende doch einen viel leichteren Gelderwerb: „Was verdient man mit anderen Anlageformen?“ (S. 18) [Hervorh. von mir] Und der zentrale Wert, der die tägliche Berichterstattung der Börse andichtet – jenseits jeder realistischen Einschätzung von Wirtschaftszusammenhängen – wird hier gleich noch mit kolportiert. Auf Seite 14 wird zunächst richtig festgestellt: „Der Börse begegnen wir jeden Tag. In den Nachrichten, in Zeitungen und im Fernsehen.“ Die folgende Behauptung muss aber erst als solche entlarvt werden: „Kein Wunder, denn sie [die Börse] ist sowohl der Marktplatz für Kapital als auch das Barometer für die tägliche Vermessung von Unternehmen und nicht zuletzt die Lage der gesamten Volkswirtschaft.“

Derlei kühne Interpretationen schließen quasi nahtlos an vorherige Nahelegungen an, die unter der Fragestellung „Was wäre wenn es keinen Finanzmarkt gäbe?“ auf Seite 7 erörtert werden. Den folgenden Abschnitt kann man sich exemplarisch auf der Zunge zergehen lassen und die sich lösenden Interessen schmecken:

„Woher würde man wissen, wer Geld anbietet und wer gerade welches sucht? Und wie viele Menschen müsste man fragen, um einen bestimmten Betrag zusammenzubekommen? Ohne die Transparenz und die Bündelungsfunktion des Finanzmarktes fänden Kapitalanbieter und -nachfrager nur durch erheblichen Organisations- und Zeitaufwand zueinander, da es keinen gemeinsamen ‚Treffpunkt‘ gäbe. Ohne den Finanzmarkt hätten Anleger kaum die Möglichkeiten, eine geeignete Geldanlage, etwa in Form von Wertpapieren oder Fonds, auszuwählen. Unternehmen wären somit auf die finanziellen Möglichkeiten ihrer Eigentümer angewiesen und bekämen für ihre Investitionen keine Kredite in ausreichender Höhe. Wachstum und damit auch Arbeitsplätze würden dadurch begrenzt. Fazit: Wenn es keine Finanzmärkte gäbe, müssten sie erfunden werden.“

Die gewohnheitsmäßige Falschmeldung, dass Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze irgendwie korrelieren würden, mag da schon kaum noch auffallen. Die in den Wirtschaftswissenschaften seit langem diskutierte Erkenntnis des Jobless Growth (Wachstum ohne Arbeit) wird hier ebenso ausgeblendet, wie man der Riester-Rente den Vorzug vor der kapitalgedeckten Rürup-Rente gibt, indem man letztere bei den angepriesenen Anlageformen gar nicht erwähnt.

Viele weitere Faktenbehauptungen, die inzwischen zu verbreiteten Akzeptanzen oder gar Glaubensgrundsätzen erstarrt sind, sind neben einigen Ursache-Wirkungs-Verdrehungen zu finden – ein paar Kostproben mögen zum Ermessen der Qualität des „Lehrmaterials“ genügen, das bestimmte grundsätzliche Hinterfragungen meidet:

- „Seit Monaten bestimmen die Schulden von einigen europäischen Ländern die Schlagzeilen – auf einer Finanzkrise wurde eine Schuldenkrise.“
- „Zur jüngsten Rezession in Europa kam es in den Jahren 2010/2011, bedingt durch die Staatsschulden einiger europäischer Länder...“
- „Doch in der Tat macht das Vorsorgen in jungen Jahren nicht nur Sinn, es ist sogar unverzichtbar.“
- „Die Welt rückt näher zusammen: T-Shirts aus Pakistan, Elektronik aus China und, wenn wir mögen, zu Weihnachten Erdbeeren aus Israel. Längst ist es normal, dass die Waren in unseren Geschäften aus den unterschiedlichsten Ländern kommen.“ u.s.w.

Über die Anlageberatung für Jugendlichkeit hinaus gibt es noch eine Jobbörse mit Berufen in diesem Bereich. Auch hier geht es weniger um Inhalt, als um Lifestyle und Einkommen. Immerhin richtet sich dieses explizit an eine Altersgruppe, die für mögliche Berufe Orientierung sucht und ist somit ehrlich. Dass die übrige Broschüre aber weniger geeignet ist, um Wirtschaftsthemen in ihrer Komplexität anzusprechen, sondern sich schnell als Marketinginstrument mit Zugriff auf das Geld der jungen Generation entpuppt, ist keine Überraschung wenn man die Macher von derlei „kostenlos“-

Beratungsangeboten für die „selbstverantwortliche Schule“ im Sinne Bertelsmann'scher Umstrukturierungen kennt. Die Kooperation mit der Website Lehrer-online, die sich ebenfalls als reines Marketing-Portal für Lernhilfen und IT-Produkte entpuppt hat, passt da ins Bild.^[3] Die Zusammenarbeit mit der EZB, die naive Animationen zur Unterrichtsunterstützung bietet, darf im Zeitalter grafisch anspruchsvoller PC-Interfaces der Games-Branche durchaus belächelt werden.^[4]

Immerhin wird im Heft dafür plädiert, dass es „verlässliche Regeln an den Kapitalmärkten geben“ müsse (S. 11) und das empfohlene App[5] für die Überwachung des eigenen Taschengeldhaushaltes führt auch keine Systemzugriffe aufs iPhone aus, wie etwa das App der Deutschen Bahn, das mit dem Herunterladen gleich die Zugriffsrechte auf eMails und Kontaktdaten erhält. Aber dennoch kann man keine Empfehlung für derlei Suggestivmaterial ausstellen, das wenig mit Bildung und viel mit Verkauf zu tun hat – es gehört allenfalls in den Unterricht zur Analyse von Werbung.

[*] Dr. Sabine Schiffer, IMV Institut für Medienverantwortung gUG, Erlangen.

[1] Während in der Broschüre die Stiftung erwähnt wird, verzeichnet das Impressum der Website nur den BVI als Verantwortlichen im Sinne des Mediengesetzes.

[2] Hoch im Kurs

[3] Siehe Augsten/Schiffer: Der große Bluff in: Hintergrund 1/2011

[4] z.B. ECB

[5] z.B. Hoch im Kurs Geld Check im appstore

Junge Welt 05.04.2012 / Kapital & Arbeit / Seite 9



Ralf Wurzbacher
aus: Junge Welt 05.04.2012

Die Tageszeitung
jungeWelt

»Deine Welt, dein Geld«

Finanz- und Versicherungskonzerne verkaufen ihre Ideologie an den Schulen als »Pädagogik«. Die Politik läßt sie gewähren.

Die »richtige Geldanlage« will gelernt sein. Am besten schon im Kindesalter, wenn das Taschengeld knapp und die Wünsche um so größer sind. Gut, daß es »My Finance Coach« (MFC) gibt, denn der »macht dich finanzfit!« Das freut auch den Schuldirektor: »Die Schulleitung war begeistert und hat My Finance Coach für das nächste Schuljahr fest eingeplant.« Und eine Lehrerin schwärmt: »Ich habe sofort gemerkt, wie toll es die Schüler finden, echte Experten aus der Arbeitswelt in der Klasse zu haben.«

Echte Experten? Hinter MFC stehen der Versicherungsriese Allianz, die PR-Agentur Grey und die Unternehmensberatung McKinsey. Die im Oktober 2010 ins Leben gerufene Stiftung versteht sich als »gemeinnützige Initiative zur Verbesserung der finanziellen Allgemeinbildung von Jugendlichen«. MFC stellt den Schulen »didaktisch aufbereitete« Unterrichtsmaterialien zur Verfügung, betreibt »Lehrerfortbildungen« und entsendet sogenannte Coaches »aus verschiedenen Unternehmen« in Schulklassen.

Mit seiner Losung »Finanzen = Deine Welt, dein Geld« hat es der Laden in nur eineinhalb Jahren weit gebracht. Bis September 2011 sollen mehr als 30000 Schüler der Sekundarstufe I mit dem MFC-Material bearbeitet worden sein, und im Februar dieses Jahres stand an der Berliner Ernst-Reuter-Oberschule der 1000. Klassenbesuch seit Gründung an. Coach Tina Röhrig wurde zu diesem Anlaß in einer Medienmitteilung zitiert: »Die konkreten Alltagstips sind das Salz in der Suppe. Nicht der umfassendste Handyvertrag, sondern der, der dem eigenen Nutzungsverhalten am ehesten entspricht, ist der richtige.« Das sei eine »durchaus spannende Erkenntnis für die Schüler«.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) ist nicht so aus dem Häuschen. Er hat die MFC-Arbeitshefte zum Trainingsmodul »Umgang mit Risiken« im vergangenen Jahr im Rahmen des Projekts »Materialkompaß für Schulen« unter die Lupe nehmen lassen und stuft das »Gesamtkonzept aufgrund der unzulässigen fachlichen Verengung an vielen Stellen als tendenziös und damit als nur bedingt unterrichtstauglich« ein. Bemängelt wurden die »stellenweise Mißachtung des Kontroversitätsgebots«, »gezielte Aussparungen« sowie eine »häufig ausschließlich (...) individuelle Perspektive« der Lösungsansätze. Dagegen werde das »Solidarprinzip als tragendes Fundament unseres Sozialversicherungssystems (...) äußerst lückenhaft dargestellt«.

Das ist milde ausgedrückt, denn eigentlich hat sich der Sozialstaat aus MFC-Sicht schlicht erledigt. »Wir haben gelernt, daß das Soildaritätsprinzip nicht mehr funktioniert, wenn sich bestimmte Voraussetzungen ändern«, heißt es im zugehörigen Gesprächsleitfaden. Und als zentrales Lernziel ist formuliert: »Nutzen von privater Absicherung nachvollziehen.« Um das als plumpe Propaganda im Sinne der Finanzindustrie zu erkennen, muß man nicht einmal wissen, daß MFC selbst nur ein Produkt der Versicherungswirtschaft ist. Auch die Verbraucherschützer beschönigen das nicht: Für sie wird ersichtlich, »welche Absichten die Stiftung verfolgt«, Kinder und Jugendliche sollten ein »Bewußtsein für die Notwendigkeit (langfristiger)

finanzieller Planung entwickeln, damit sie (...) Geldanlage- und Kaufentscheidungen möglichst kompetent treffen können«.

Wenn aber doch so klar ist, daß MFC eine PR- und Marketingfalle ist – warum läßt man Schüler dann weiterhin zu Tausenden hineintappen? Ganz einfach: Weil die Politik nichts dagegen unternimmt, und die Kultusminister angesichts ihrer »leeren Kassen« sogar dankbar sind für jede Initiative, die von außen kommt. MFC ist tatsächlich nur einer von vielzähligen Vorstößen von Unternehmen und Verbänden, mit ihrer begrenzten ökonomischen Weltsicht Schule zu machen. Glaubt man den Sozialwissenschaftlern Reinholdt Hedtke und Lucca Möller von der Universität Bielefeld, steckt hinter dem neoliberalen Angriff auf die Köpfe der Kinder sogar ein politischer Plan. Nach ihren Befunden besteht heute bereits ein »bestens finanziertes politisch-pädagogisches Netzwerk«, das »Wirtschaftsverbände, private Großunternehmen und wirtschaftsliberal-konservative Einrichtungen und Akteure« bildeten. Gemeinsam beförderten sie die »Interessen der privaten unternehmerischen Wirtschaft sowie politische Positionen des wirtschaftsliberal-konservativen Spektrums« und fänden dabei parteipolitische Unterstützung bei Union und FDP.

In ihrer Studie »Wem gehört die ökonomische Bildung« schlüsseln die Wissenschaftler nur beispielhaft 15 Plattformen mit Akteuren auf, die sich auf dem Feld der »Schulpädagogik« tummeln. Dazu zählen das Institut der Deutschen Wirtschaft mit »Schule & Unterricht«, die Citigroup Foundation mit »Oeconomix«, der Bundesverband deutscher Banken mit »SchulBank«, die Boston Consulting Group mit »business@school«, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) mit »Wirtschaft und Schule« und eine vom Bundeswirtschaftsministerium unterstützte Initiative »Unternehmergeist in die Schulen«. Die breitgestreuten Lernmaterialien seien »nicht selten wissenschaftlich und politisch tendenziös und fördern oft einseitig unternehmernahe Weltbilder, Akteure und Interessen«, konstatieren die Forscher. Tonangebend ist dabei nach ihrer Erkenntnis die Finanz- und Versicherungsindustrie. Sie wirke als »Organisator, Geldgeber und Produzent von Lernmaterial« und vermittele Vertriebspersonal an Schulen.

Das alles wäre nicht möglich, würde ein rechtliches Schlupfloch nicht wie ein Einfalltor wirken. Während staatliche Schulbücher zwecks Zulassung ein formales Prüfungsverfahren durchlaufen müssen, gilt das nicht für freie Unterrichtsmaterialien. Bei der notorischen Finanz- und Personalnot an den Schulen greifen Schulleiter und Lehrer gern mal zu, wenn es etwas umsonst gibt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) nennt das »organisierte Verantwortungslosigkeit« und sieht die Lehrer im »Dschungel« der Angebote »allein gelassen«. Und weiter: »Lobbyinteressen und Kommerz haben in Schulen nichts verloren!«



Götz Eisenberg



Das Kind als Bio-Aktie

aus: Nachdenkseiten 20. Juli 2012

Kinder des digitalen Zeitalters leiden unter neuartigen Formen der Missachtung. Eltern betrachten ihr Kind offenbar nicht mehr als Geschenk, sondern als eine Art Bio-Aktie, von der eine gute Performance erwartet wird. Seit die Bergwerke stillgelegt sind und keine Kohle mehr gefördert wird, hat man die kindlichen Gehirne als „Ressource“ und „Humankapital“ entdeckt. Schon wird von Frauen berichtet, die ihre schwangeren Bäuche mit Kopfhörern beschallen. Schluss mit dem zweckfreien Spiel am Bach und im Sandkasten, die Konkurrenz schläft nicht: Andere Kinder haben mit zwei Jahren bereits 600 englische oder chinesische Wörter aufgesogen und dabei ihre „Synapsen optimal vernetzt“. Es erscheinen Ratgeber, die propagieren: „Ein Leben lang für Vorsprung sorgen.“ Mutterliebe und eine vertrauensvolle Atmosphäre sind nicht länger um ihrer selbst willen da, sondern fördern die Herausbildung einer leistungsfähigen neuronalen Struktur. Von **Götz Eisenberg**^[*].

Neulich saß ich auf dem Balkon und genoss die Sonne. Von der Straße drang das Schreien eines Kleinkindes herauf. Eine junge Mutter schob ihr Kind in einem Designer-Kinderwagen vor sich her. Sie trug ihre Haare zu einem Pferdeschwanz zusammengebunden und eine großflächige Sonnenbrille. Sie telefonierte mit ihrem Handy. Das Schreien des Kindes wurde immer wütender und lauter. Die Mutter hielt an, beugte sich hinab und nestelte aus einem Einkaufsnetz eine Süßigkeit hervor, die sie dem Kind in den Mund stopfte. Gierig lutschte es die Süßigkeit in sich hinein. Die Frau schob den Wagen weiter und setzte ihr Telefonat fort. 150 Meter weiter begann das Schreien von neuem. Wieder folgte der Griff ins

Einkaufsnetz, wieder bekam das Kind „das Maul gestopft“. Lachend sagte die Mutter etwas in ihr Telefon und ging weiter.

Auf die Idee, dass das Kind weint, weil es sich einsam fühlt und das Telefonieren als Missachtung empfindet, kam diese Mutter offensichtlich nicht. Man muss ja nur für einen Moment die Perspektive wechseln und sich vorstellen, man ginge als Erwachsener mit jemandem spazieren, der unablässig in sein Handy hineinredet. Man würde es kein zweites Mal tun. Kinder haben nicht die Wahl und so sitzen sie ratlos und verstört in ihren Wagen, während Mutter oder Vater fernmündlich mit anderen Menschen sprechen. Nur selten sind sie wirklich bei ihrem Kind. Was sollen diese Kinder machen? Sie schreien sich die Seele aus dem Leib, weil die erfahrene Bindungslosigkeit sie in einen Zustand der Angst versetzt. Vorbei die Zeiten, da Mütter den Kinderwagen schoben und dabei mit ihrem Kind plapperten oder Kinderlieder sangen, zum Beispiel „Nur wenn du den Blick hebst, kannst du die Sterne sehen. Nur wenn du den Blick hebst, kannst du nach vorne gehen.“ Die Sterne des Kindes sind – im Sinne Heinz Kohuts – die Augen der Mutter und der Glanz des Glücks in ihnen, der auf das Kind zurückfällt und von ihm als Glücksversprechen und Gewissheit des eigenen Werts verinnerlicht wird. Die Mutter und die Welt sind anfangs eins, die Mutter gibt dem Kind im Rahmen dessen, was Margaret Mahler als die „psychische Geburt des Kindes“ bezeichnet hat, also in einem Akt fortgesetzter Schöpfung, seine Realität. Der Säugling erfährt sich selber über das Gesicht der Mutter, das sein erster Spiegel ist. Die Mutter leiht ihm ihre Augen. Wenn das Kind seinen Blick um sich herum schweifen lässt, spiegeln ihm die Dinge den mütterlichen Blick wider. Der Augenkontakt der Mutter zu ihrem Baby stellt die intersubjektive Urform bereit, eine Art Matrix für alle späteren Beziehungen und Kommunikationen. Eine Mutter, die ihre Augen hinter einer Sonnenbrille verbirgt und ständig „anderswo ist“, beraubt das Kind seines Realitätsbezugs und damit seiner Wahrheit.

Beim Betrachten alter Kinderbilder fiel mir auf, dass die Kinderwagen früher so konstruiert waren, dass die Blickrichtung des Kindes auf die Person wies, die den Wagen schob – also meist die Mutter, am Wochenende damals vielleicht auch mal auf den Vater. Der Blick des Kindes traf also zuerst auf das Gesicht desjenigen, der den Wagen schob. Von dort aus schweifte er in die Welt, deren beruhigender Mittel- und Fluchtpunkt aber stets die Mutter oder der Vater war. Die heute gängigen Modelle sind dreirädrige Sportwagen, die mit größeren Rädern, Sicherheitsgurten und einer Bremse ausgestattet sind. Sie sind auf die Bedürfnisse der Erwachsenen ausgerichtet und sollen das Joggen mit Kinderwagen ermöglichen. Bei dieser Variante des Kinderwagens sitzt oder liegt das Kind in Fahrtrichtung und der Blick des Kindes kann nur unter extremen Verrenkungen den der Mutter oder des Vaters finden. Wir sehen: Die Konstruktion der Gegenstände nimmt Einfluss auf unseren Welt- und Menschenbezug, auf die Art und Weise, wie Bindungen zustande kommen oder aber verhindert und erschwert werden. Das Zeitalter der Bindungslosigkeit findet das ihm entsprechende Design.

Der neueste Trend scheint darin zu bestehen, den Kinderwagen bei Sonnenschein mit einem Tuch vollkommen abzudecken, damit die Kleinen nur ja keiner UV-Strahlung ausgesetzt werden. Dieser Tage sah ich eine junge Mutter, deren Kind im Wagen einer vollkommenen sensorischen Deprivation unterlag, während sie – mit einem Arm den Wagen schiebend – sich mit der freien Hand intensiv mit ihrem Smartphone beschäftigte. Mütter schieben ihre Kinder im Wagen vor sich her und pressen dabei ihr Handy mit der Schulter ans Ohr. Eines Tages werden sie einen Schiefhals davon bekommen. Wie kann man sich ein solches Verhalten von Müttern oder auch Vätern erklären? Ist es Gedankenlosigkeit, Indifferenz, Hilflosigkeit, Missachtung, Grausamkeit oder von alledem etwas? Ein junges Mädchen erzählte mir unlängst, dass sie sich, wenn sie auch nur stundenweise auf ihr Handy verzichten müsse, wie amputiert fühle. Stets sind die Mitglieder der ersten digitalen Generation auf der Suche nach elektronischen Belegen für die eigene Existenz. Hat eine Weile das Handy nicht geklingelt oder ist längere Zeit keine Nachricht von „Freunden“ eingegangen, fühlen sie sich vom sozialen Tod und oder einem Sturz aus der Welt bedroht. Beim Warten an der Ampel, auf dem Fahrrad, beim Einkaufen, beim Spaziergehen oder Joggen im Wald – immer und überall muss man „online sein“.

Sogar im Theater wandern die Finger unruhig über den Touchscreen. Das geht zwar stumm vonstatten, aber stört doch ungemein – mal ganz abgesehen davon, dass es eine Beleidigung der Schauspieler und der Kunst darstellt. In der Handy- und Laptopgesellschaft hat sich die Umgebung offenbar an dieses Verhalten gewöhnt und auch die Akteure auf der Bühne scheinen sich damit abgefunden zu haben. Einer großen deutschen Tageszeitung entnehme ich, dass das für den Schweizer Schauspieler Robert Hunger-Bühler nicht zutrifft. Als dieser unlängst in Shakespeares Stück *Der Kaufmann von Venedig* in Zürich auf der Bühne stand und gerade zu Shylocks berühmten Monolog anheben wollte, fiel ihm auf, dass im Parkett lauter Handys flimmerten. Dem Schauspieler ist in diesem Moment vieles durch den Kopf geschossen, etwa die Frage, ob er überhaupt weiterspielen solle. Aber dann ist er, ohne groß zu überlegen, in den Zuschauerraum gestiegen und hat nach den Handyleuten gesucht. Ungefähr in der zehnten Reihe hat er „das Nest“ ausgemacht und zwei von den „Burschen“ auf die Bühne geholt. Dort sprach Hunger-Bühler den ganzen Monolog mit Shylocks bösen rhetorischen Fragen „Wenn ihr uns stecht, bluten wir nicht? Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir nicht? Wenn ihr uns vergiftet, sterben wir nicht?“ noch einmal – den Jungen direkt ins Gesicht, als seien sie Quizshow-Kandidaten. Ganz still sei es da plötzlich im

Theater gewesen, stiller als sonst. Bevor er sie wieder entließ, trieb Hunger-Bühler das Spiel auf die Spitze und nahm das Handy eines der Jugendlichen – und machte ein Foto.

Nachts leuchten die Displays vom Bürgersteig zu meinem Balkon hinauf, die Glühwürmchen des digitalen Zeitalters. Die jungen Leute sitzen sich in Fastfood-Lokalen gegenüber mit vor Unruhe zuckenden und wippenden Beinen – unkonzentriert, nervös, flackernd – und fotografieren sich mit ihren Handys, als würde erst das Erscheinen auf dem Display die Authentizität der Situation und die Anwesenheit des Anderen verbürgen. Das Schimmern des Kameraauges scheint an die Stelle des Kohut'schen „Glanzes im Mutterauge“ getreten zu sein. Aber was soll auch anderes entstehen, wenn Mütter beim Stillen oder Füttern telefonieren oder fernsehen? Die an der Schwelle zur Moderne von René Descartes formulierte Seinsvergewisserung: „Ich denke, also bin ich“, sie scheint unter unseren Augen von einer zeitgenössischen Form abgelöst zu werden, die lautet: „Ich telefoniere – oder simse, chatte, maile -, also bin ich.“ Hinter Handys und Flachbildschirmen lauert das Nichts.

Mütter und Väter sollten, wenn sie mit ihrem Kind zusammen sind, mit ihm in einem regen emotionalen Austauschprozess und nicht ständig mit anderen Dingen beschäftigt sein. Die liebende Aufmerksamkeit der Eltern und die sichere Bindung an diese offenbaren dem Kind sein Leben als eine Bewegung auf ein Ziel hin: Das Kind ist, wie Jean-Paul Sartre im ersten Band seines Werkes „Der Idiot der Familie“ schreibt, „der bewusste Pfeil, der mitten im Flug erwacht und zugleich den fernen Bogenschützen, das Ziel und den Rausch des Fliegens entdeckt. Wenn es wirklich die erste Pflege, die ihm durch das vielfältige Lächeln der Welt gewidmet wurde, in seiner ganzen Fülle empfangen, wenn es sich in der archaischen Zeit des Stillens absolut souverän gefühlt hat, dann werden die Dinge weitergehen.“

Die Krux ist, Liebe und Zuwendung lassen sich nicht verordnen. „Vor allem aber“, schrieb Adorno in seinem berühmten Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz“ aus dem Jahr 1966, „kann man Eltern, die selber Produkte dieser Gesellschaft sind und ihre Male tragen, zur Wärme nicht animieren. Die Aufforderung, den Kindern mehr Wärme zu geben, dreht die Wärme künstlich an und negiert sie dadurch.“

Um noch einmal auf die Ausgangsgeschichte zurückzukommen: Vielleicht muss das Kind warten, bis es über ein eigenes Handy verfügt. Dann kann es vom Kinderwagen aus, wenn es nach Aufmerksamkeit und Zuwendung dürstet, mal bei seiner telefonierfreudigen Mutter „anklopfen“.

Kurz nach dieser Szene traf ich im botanischen Garten eine Bekannte, die vor ein paar Monaten Mutter geworden ist und ihr Kleinkind im Kinderwagen vor sich her schob. Vor dem Gesicht des Kindes schwebte ein Mobile. Als ich fragte, warum das Kind nicht einfach das Gesicht der Mutter, die Wolken, die Bäume und die Eichhörnchen betrachten dürfe, bekam ich von der jungen Mutter zu hören: „Das Mobile regt die Synapsenbildung an!“ „Oh je“, sagte ich erschrocken.

Eltern betrachten ihr Kind offenbar nicht mehr als Geschenk, sondern als eine Art Bio-Aktie, von der eine gute Performance erwartet wird. Seit die Bergwerke stillgelegt sind und keine Kohle mehr gefördert wird, hat man die kindlichen Gehirne als „Ressource“ und „Humankapital“ entdeckt. Schon wird von Frauen berichtet, die ihre schwangeren Bäuche mit Kopfhörern beschallen. Schluss mit dem zweckfreien Spiel am Bach und im Sandkasten, die Konkurrenz schläft nicht: Andere Kinder haben mit zwei Jahren bereits 600 englische oder chinesische Wörter aufgesogen und dabei ihre „Synapsen optimal vernetzt“. Es erscheinen Ratgeber, die propagieren: „Ein Leben lang für Vorsprung sorgen.“ Mutterliebe und eine vertrauensvolle Atmosphäre sind nicht länger um ihrer selbst willen da, sondern fördern die Herausbildung einer leistungsfähigen neuronalen Struktur. Liebe regt die Dopaminproduktion an und fördert die Herausbildung neuronaler Autobahnen.

Sie habe, berichtete meine Bekannte stolz, Amelie bereits für einen bilingualen Kindergarten und ein Tanzprojekt angemeldet, damit ihre emotionale Intelligenz nicht zu kurz komme. Frühe Selbstwertförderung sei das Stichwort, von dem sie sich bei der Erziehung von Amelie leiten lasse. Ihr werde es dann später sicher nicht so schwer fallen, sich in der Berufswelt zu behaupten wie ihr. Sie selbst habe sich für den Sommer zu einem Arroganztraining für weibliche Führungskräfte angemeldet, denn sie neige dazu, in Konkurrenzsituationen mit Männern zurückzustecken und müsse erst noch mühsam lernen, die Spielregeln der Männerwelt zu beherrschen und ihr eigenes Revier zu verteidigen. Das sei für Amelie auf der Basis einer systematischen Entwicklung ihres Selbstwertgefühls sicher später gar kein Thema mehr. „Na, dann passt mal auf, dass euer Kind nicht noch vor Schuleintritt mit einem Burnout zusammenbricht“, sagte ich und wandte mich zum Gehen. „Sie legen sich ein Kind zu, geben es anschließend wie eine Bio-Aktie ins Depot und hoffen auf eine gute Performance“, dachte ich.

Der Stundenplan der Kinder wird strukturiert wie der Tag eines Managers – genau darauf sollen die Kinder ja vorbereitet werden. Kein Wunder, dass viele Kinder hektisch und getrieben wirken. Sie werden mehr und mehr von elektronischen Geräten sozialisiert und einem Frühförderungsstress überantwortet, der ihnen jede Freude am Kind-Sein austreibt und elterliche Zuwendung mit Leistungsanforderungen verbindet. Heutige Familien sind längst keine Orte der Ruhe mehr, an dem Kinder von der Hektik der Welt abgeschirmt werden. Sie werden Belastungen und Erregungen ausgesetzt, die zu groß und zu stark für sie sind und ihre noch unfertigen Wahrnehmungs- und Verarbeitungsfähigkeiten überfordern. Die Folge ist

ein irisierendes, flackerndes Bewusstsein, dessen Kern die zeitgenössische Unruhe selbst ist. Die rasend gewordene Weltzeit und die Rhythmen der entfesselten Ökonomie dringen in die Kinderzimmer vor und überlagern und zerstören die Zeitmaße, in denen ein Kind heranwachsen und seine „psychische Geburt“ vollenden kann. Wie der ins Milchglas gefallene Frosch so lange strampelt, bis aus der Milch Butter geworden ist und er das Glas verlassen kann, zappeln diese Kinder in der vagen Hoffnung, dass jemand kommen möge, der sie hält und beruhigt und so die Bedingungen dafür herstellt, dass sich in ihrem Innern eine angstmindernde und identitätsstiftende psychische Struktur herausbilden kann.

Viele Eltern wollen, dass ihre Kinder dennoch „brav“ sind und funktionieren, aber sie sind nicht bereit, durch Bereitstellung geschützter Räume und durch persönlichen Einsatz von Nerven und Lebenszeit dazu beizutragen. Sie überlassen die anstrengende Erziehungsarbeit Erzieherinnen und Lehrern und vertrauen ansonsten auf den großen „Bravmacher“ Ritalin. Diese psychoaktive Substanz – der Wirkstoff Methylphenidat gehört zu den Amphetaminen – wird einer ständig wachsenden Zahl von Kindern beinahe wie ein Nahrungsergänzungsmittel täglich verabreicht.

Man kann angesichts der beschriebenen Prozesse fast den Eindruck gewinnen, dass das Ganze Methode hat: Charakterliche Prägungen und halbwegs stabile Identitätsstrukturen sind nicht mehr erwünscht, weil sie Flexibilität und Fungibilität einschränken, die vom „unternehmerischen Selbst“ und von „den Märkten“ als neue Kardinaltugenden abverlangt werden. Der heutige Mensch soll sich möglichst an nichts mehr emotional binden, weder an Menschen und Orte noch an Tätigkeiten, sondern sich den ständig drehenden Marktwinden überlassen. Arthur Rimbauds einst skandalöse Behauptung: „Ich ist ein anderer“, mit der er seinen Ausbruch aus dem Gefängnis des bürgerlichen Ich vorbereitete, gehört heute zu den Verhaltensanforderungen des neoliberalen Zeitalters und zur psychischen Grundausstattung des „flexiblen Menschen“ (Richard Sennett). Wenn Kälte und Indifferenz, die aus der Grundstruktur der heutigen Gesellschaft stammen, bis in die Poren des Alltagslebens und die intimen Binnenwelten der Menschen vordringen und sogar das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern prägen, darf man sich nicht wundern, dass vermehrt psychisch frigide und moralisch verwilderte Menschen heranwachsen. Ein nur an privater Nutzenmaximierung interessierter und zur Einfühlung in andere unfähiger Menschentyp droht zur sozialpsychologischen Signatur des globalen und digitalen Zeitalters zu werden.

Es mag sein, dass heutige Kinder weniger geschlagen und körperlich gezüchtigt werden, aber dafür haben sie unter neuartigen Entbehrungen und Formen der Missachtung zu leiden, die womöglich nicht minder grausam sind. Nietzsches Satz: „Welches Kind hätte nicht Grund, über seine Eltern zu weinen?“ hat offensichtlich nichts an Aktualität eingebüßt.

[«*] Über den Autor:

Götz Eisenberg (* 1951), Sozialwissenschaftler und Publizist, arbeitet als Gefängnispsychologe im Erwachsenenstrafvollzug. Neben intensiver, auch kultureller Arbeit mit den Gefangenen schreibt er Essays, die in „Der Freitag“, der Zeitschrift „psychosozial“, der „Frankfurter Rundschau“, im Online-Magazin „Auswege“ und auf den „NachDenkSeiten“ erscheinen. Als einer der ersten Autoren in Deutschland wandte er sich dem Thema „Amok“ zu und veröffentlichte zu diesem Thema zuletzt 2010 im Münchner Pattloch-Verlag den Band „Damit mich kein Mensch mehr vergisst! Warum Amok und Gewalt kein Zufall sind“.

